

# Wirtschaft & Umwelt

Zeitschrift für  
Umweltpolitik und  
Nachhaltigkeit  
[www.ak-umwelt.at](http://www.ak-umwelt.at)

Euro 1,80



## Energiekrise

Welche Ursachen hinter den enormen Energiepreissteigerungen liegen, wie Haushalte entlastet werden sollen und wie die Energiewende sozial gerecht zu schaffen ist.

Bahnindustrie – Siemens-Züge für die Mobilitätswende **SEITE 22**

Pflanzerde – Blühende Pflanzen ohne Torf **SEITE 24**

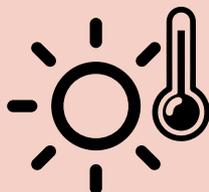
Lkw-Maut – Chance für mehr Kostenwahrheit **SEITE 26**

Schwerverkehr – Abgastricks und Mautbetrug **SEITE 30**



[www.arbeiterkammer.at](http://www.arbeiterkammer.at)

## Das Wumometer



### HITZE Kollektiver Zusammenschweiß

Die unendliche Geschichte der Kühlung der im Sommer extrem heißen Fahrgasträume älterer Straßenbahntypen wird in Wien um eine Facette reicher. Nach dem Bauchfleck mit den außen

angebrachten „Lüftungs-kiemen“ sind nun die noch älteren Straßenbahnen dran. Sonnenschutzfolie auf den Fenstern ist das neueste Feigenblatt um sich davor zu drücken, die einzig wirksame

– aber recht teure – Maßnahme umzusetzen: den Einbau von Klimaanlage. Ein richtiger heißer Sommer für die Fahrgäste wegen kühler, betriebswirtschaftlicher Berechnungen. **GL**



### SONNIG #sogutfahrtWien

Die Fahrleistung der Wiener Linien entspricht fünf Weltumrundungen täglich. Somit legten im zweiten Corona-Jahr – nämlich 2021 – die Nutzer:innen der Wiener Öffis beeindruckende 78

Millionen Kilometer mit Bim, Bus und U-Bahn zurück. Das ist ein großer Erfolg für die Wiener Linien, aber auch für den Umweltschutz, denn: Wären die Fahrgäste all diese Wege mit dem Auto

gefahren, so wären zusätzlich etwa 550.000 Tonnen CO<sub>2</sub> in die Atmosphäre geblasen worden. #ÖffisNützenKlimaSchützen. **KH**



### NEBELIG Treibhausgase aus Energieerzeugung auf Höchststand

Der weltweite energiebedingte Kohlendioxidausstoß ist 2021 laut Internationaler Energieagentur (IEA) um sechs Prozent auf 36,3 Milliarden Tonnen gestiegen. Das sei der höchste Stand

aller Zeiten! Teures Gas wurde nämlich durch CO<sub>2</sub>-intensivere Kohle ersetzt. Auch sechs Jahre nach dem Pariser Klimaabkommen ist es also zu keiner Trendwende gekommen. Im

Gegenteil: Wir steuern mit erhöhter Geschwindigkeit in den Klimakollaps! **HH**



### GEWITTER Absicht ohne Durchblick

Während sich Ministerinnen und Kanzler einen Städte-trip nach Abu Dhabi zwecks Unterzeichnung einer „Absichtserklärung“ für den Bezug von Gas aus dem Morgenland gönnten, grü-

belte das vernünftige Österreich darüber nach, was dies den bringe: 1. Hätte man gern Flüssiggas gekauft – aber die Anlage in Abu Dhabi wird erst 2024/25 fertig sein. 2. Die Absicht – ist bloß ein

Papierl und verpflichtet die Scheichs zu nix. 3. Kann man kaum von einem „Meilenstein“ sprechen, wie es die Ministerin tat, denn von grünem Wasserstoff ist im Orient keine Spur. **EL**



### REGEN Klimaticket jagen

Man kann sich in der Steiermark vieles kaufen – etwa eine Zugfahrkarte nach Paris, Venedig oder Amsterdam. Das geht auch bei kleineren Bahnhöfen. Was man dort nicht kriegt ist das steiri-

sche Klimaticket. Dazu muss man nach Graz, Leoben oder Bruck reisen. Wer digital versiert ist, kann es auf der Verkehrsverbund-Homepage versuchen. Formular downloaden, ausdrucken, ausfül-

len und per E-Mail oder Post retournieren. Mit ein bisserl Glück kriegt man nach 14 Tagen die Rechnung und sein Klimaticket. Weitere Verkaufsstellen sind nicht geplant. **EL**

# Inhalt

## Energieversorgung

Der Preis für unsere Energieversorgung steigt aus vielen Gründen weiter an. Seite 10

## Energiewende

Wie der Ausstieg aus der fossilen Energieversorgung in eine grüne Zukunft gelingen kann. Seite 14

## Interview mit Karina Knaus

Seite 17

## Energieinvestition

Regeln für grüne Investitionen dürfen nicht zu Greenwashing führen. Seite 18

## Alles auf Schiene

Siemens baut am Standort Simmering für die ÖBB neue Garnituren. Seite 22

## Bitte kein Torf in Pflanzerde

Die AK Oberösterreich und DIE UMWELTBERATUNG haben torffreie Erde getestet. Seite 24

## Lkw-Maut sauber und fair?

AK fordert Maßnahmenpaket für einen klimaneutralen Güterverkehr. Seite 26

## Abgasbetrug auf der Straße

Die AK Wien deckt klimaschädliche Manipulation beim Lkw-Verkehr auf. Seite 30

## Rubriken

Nachrichten	04
Kommentar	07
Aktuelles Interview	09
Kommunikation	32

### Impressum:

#### Medieninhaber und Herausgeber

Bundesarbeitskammer, Prinz-Eugen-Str. 20–22, 1040 Wien

**E-Mail** wirtschaft.umwelt@akwien.at **Telefon** 01/501 65

**Redaktion** Mag.ª Sylvia Leodolter (Chefredakteurin),

Eva-Maria Leodolter (Redakteurin) agentur.leodolter@gmx.at

**Sekretariat** Krisztina Hubmann, Sabrina Pochop (DW 12404)

**Konzeption** Jakob Fielhauer, www.fielhauer.at

**Layout & Infografik** Michael Haderer

**Druck** gugler GmbH, Auf der Schön 2, 3390 Melk/Donau

ISSN 1028-4664

Die in **Wirtschaft & Umwelt** veröffentlichten Artikel geben nicht notwendigerweise die Meinung der Bundesarbeitskammer wieder.



gedruckt nach der Richtlinie „Druck-erzeugnisse“ des Österreichischen Umweltzeichens gugler®print, Melk, UWZ-Nr. 609, www.gugler.at



Höchster Standard für Ökoeffektivität. Cradle to Cradle™ zertifizierte Druckprodukte innovated by gugler®.



Bitte sammeln Sie Abfall für das Recycling. EU Ecolabel | AT/28/001

# Krieg und Marktlogik

Die Profiteure hoher Energiepreise müssen endlich zur Kasse gebeten werden.



Von Sylvia Leodolter

Die österreichische Bevölkerung hat nicht nur berechtigte Angst vor dem aktuellen Krieg in Europa, viele wissen einfach nicht mehr, wie sie sich die drastisch steigenden Kosten für Gas, Strom, Heizung, Treibstoffe und Mieten leisten können. Wenn man die Preisentwicklung näher betrachtet, fällt eines auf: Der europäische Gas- und Strommarkt entzieht sich der staatlichen Regulierung und ist ein beliebtes Feld für Spekulationen. Ähnliches gilt auch für Benzin und Diesel. Allein durch die Angst vor Lieferengpässen schießen die Preise hoch, obwohl die Rohstoffpreise deutlich weniger steigen.

**Die Energiekrise und der Ausstieg aus Öl und Gas darf nicht zu mehr Armut und sozialer Schieflage führen.**

Wenn Öl- und Energiekonzerne billig eingekauft haben, dann machen sie jetzt hohe Gewinne auf dem Rücken der Kund:innen. Das entspricht der Marktlogik, denn die Folgen der liberalisierten Energie- und Gasmärkte sind nämlich nicht – wie von den Befürwortern gepriesen – günstigere Preise für die Haushalte durch einen transparenten Wettbewerb, sondern möglichst hohe Profite für die Anbieter. Wer die negativen sozialen Auswirkungen der Energiekrise bekämpfen will, sollte daher auch die Profiteure gezielt zur Kasse bitten. Der Krieg, die drastisch gestiegenen Energiepreise und die Klimakrise haben eines gemeinsam: Sie machen deutlich, wie wichtig der Ausstieg aus fossilen Energiequellen und die Verringerung der Abhängigkeit von Gas und Öl für eine friedliche und lebenswerte Zukunft für alle sind.

**Sylvia Leodolter**  
Chefredakteurin und Leiterin  
der Abteilung Umwelt und  
Verkehr der AK Wien



Foto: Kirschen Hubmann

## Masken-Recycling

**Müllberge** Weltweit werden pro Monat etwa 130 Milliarden Gesichtsmasken verwendet – das sind ca. drei Millionen pro Minute. In Österreich landen davon täglich um die 3,8 Mio. auf dem Müll. Bei den meisten handelt es sich um Einweg-Gesichtsmasken, die zu 97 Prozent aus dem hochwertigen Kunststoff Polypropylen bestehen. Dieser ist biologisch schwer abbaubar und führt zu noch mehr Mikroplastik-Belastung. Die Einwegmasken stellen ein Umweltrisiko dar, das das „Plastiksackerl-Problem“ schon überholt hat. Laut Umweltorganisation OceansAsia landeten 2021 rund 1,5 Mrd. Masken im Meer. Bis sie abgebaut werden dauert es 450 Jahre.

Dem Vorarlberger Start-up Vprotect (Grabher Group) ist es nun gelungen, aus gebrauchten Schutzmasken einen neuen Werkstoff zu generieren. So wird aus dem Rezyklat der Masken ein Superabsorber-Vlies hergestellt. Es nimmt kein Wasser auf, kann aber Chemikalien und Öle in großen Mengen speichern. Dieses neue Material kommt im Gewässerschutz oder im Katastrophenfall zum Einsatz, kann aber auch als Reinigungstuch oder als Bau-Dämm-Material verwendet werden. FFP2-Masken vom Rohstoff bis zum fertigen Produkt am selben Standort herzustellen, ist europaweit einzigartig. **KH**

# Fehlende Ziele für Pestizidreduktion

**Kritik** Europaweit fordern über 70 Umweltorganisationen ehrgeizige und rechtlich verbindliche Ziele, um den Pestizideinsatz zu verringern. Weiters fordern sie den Einsatz gefährlicherer Pestizide sofort zu verbieten und den agrarökologischen Übergang für Europa einzuleiten. Erst vor kurzem haben 1,2 Millionen Europäer:innen die Bürgerinitiative „Rettet die Bienen und die Landwirte“ unterzeichnet. Diese fordert eine Reduzierung der synthetischen Pestizide um 80 Prozent bis 2030, weiters einen schrittweisen Ausstieg aus synthetischen Pestiziden in Europa bis 2035 und eine starke Unterstützung der Landwirte bei der Umstellung auf agrarökologische Wirtschaftsweisen. Sie kritisieren den neuen Richtlinienentwurf der Europäischen Union über den nachhaltigen Einsatz von Pestiziden. Dieser soll landwirtschaftliche Verfahren, die weiterhin auf den Einsatz von Pestiziden setzen, unterstützen. Damit werden weder Weichen für den Übergang zu einer agrarökologischen Wende gesetzt noch die Ziele des Grünen Deals, der eine Reduktion von Pestiziden fordert, erreicht. **SI**

**Das Forderungspapier hier zum Runterladen:** <https://eeb.org/commissions-draft-pesticides-regulation-fails-in-ambition-on-reducing-use-of-pesticides-and-protecting-biodiversity-and-human-health/>

**AK Präsidentin Anderl fordert mehr Investitionen in die Energiewende und umfassende Sofortmaßnahmen gegen Energiearmut.**



**Um die Abhängigkeit von Gas- und Ölimporten rasch zu reduzieren, braucht es ein umfassendes EU-Notfall-Paket. Das Festhalten an restriktiven EU-Fiskalregeln verbaut Europa jede Zukunft!**

**AK Präsidentin  
Renate Anderl**



Foto: Sebastian Philipp, BAK

## Gentechnik-Eier durch die Hintertür?

**Forscher:innen** in Israel haben Hühner mit der Genschere CRISPR/Cas gentechnisch so verändert, dass keine männlichen Nachkommen schlüpfen. Dabei soll nur an die männlichen Nachkommen ein Gen weitergegeben werden, welches die Küken (Embryo) bereits im Ei absterben lässt. Gleichzeitig sollen sich die weiblichen Nachkommen normal entwickeln und als Legehennen eingesetzt werden. Das Verfahren und die Tiere sind bereits zum Patent angemeldet und sollen in Zusammenarbeit mit einer US-Firma vermarktet werden. Die Patentanmelder:innen sagen, dass ihre Technologie zu 100 Prozent sicher sei, und im Erbgut der Legehennen keine artfremden Gene mehr zu finden seien. Diese Angaben scheinen für die EU-Kommission auszureichen, um die Legehennen und deren Eier von der gesetzlich vorgeschriebenen Zulassungsprüfung und Kennzeichnung auszunehmen. Doch dafür gibt es keinerlei rechtliche Grundlage. Die EU-Gesetze schreiben vor, dass alle Organismen, die aus gentechnischen Verfahren hervorgehen, einem Zulassungsverfahren zu unterziehen sind, sowie rückverfolgbar und gekennzeichnet sein müssen. Wie wichtig es ist, diese Anforderungen auch auf die Nachkommen von gentechnisch veränderten Tieren anzuwenden, unterstreichen Ergebnisse aus der Grundlagenforschung: Diese zeigen, dass Nachkommen von Tieren, deren Erbgut mit Hilfe von CRISPR/Cas gentechnisch manipuliert wurde, von unbeabsichtigten Veränderungen betroffen sind, die mit spezifischen Risiken einhergehen. (Qu: Testbiotech) **SI**



Foto: Nicolas Mahler

## Ammoniakproblem Gülle

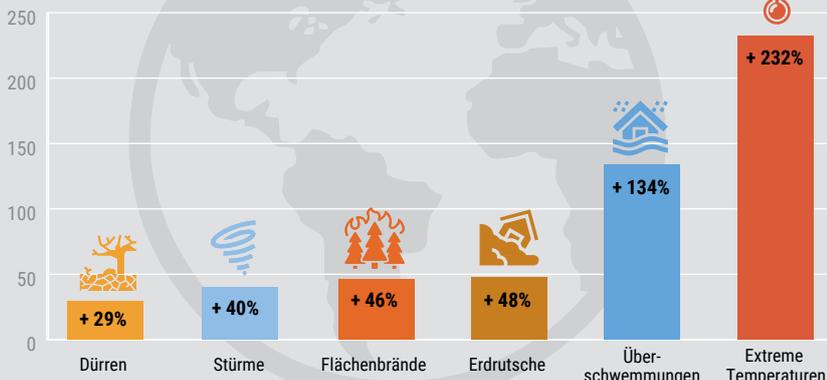
**Landwirtschafts-Lobby** Österreich muss seit Jahren Ammoniak Emissionen reduzieren. Das sehen EU-Vorschriften vor, damit die Bildung von Feinstaub verhindert wird. Ammoniak entsteht fast ausschließlich in der Landwirtschaft durch mineralischen Dünger und Lagerung bzw. Aufbringung von Gülle auf die Felder. Spätestens in diesem Frühjahr muss Österreich bei der EU-Kommission die Emissionszahlen für das Jahr 2020 ausweisen, die die Nichteinhaltung offiziell bestätigen. Grund für ein drohendes EU-Vertragsverletzungsverfahren ist die Landwirtschafts-Lobby, die eine Verordnung der Regierung mit dringenden Maßnahmen seit langem blockiert. Diese sieht vor allem ein Verbot von besonders schädlichem Harnstoffdünger und Bauvorschriften für Güllebecken vor. **FG**

## Verbesserte Abgasmessmethoden

**Kfz-Pickerl** Dieselfuß ist krebserregend. Die wiederkehrende Kfz-Überprüfung dient dazu, dass diese Gefährdung reduziert wird. Untersuchungen haben aber gezeigt, dass diese nicht mehr auf dem letzten Stand ist. Neben den Niederlanden führen nun auch Deutschland und die Schweiz verschärfte Messmethoden ab 1. Jänner 2023 ein. Damit wird vor allem die Funktionstüchtigkeit der Abgasvorrichtungen von Kraftfahrzeugen erhoben, die schon länger im Verkehr sind. In diesen Ländern kommen künftig neue Messgeräte zur Anwendung, die die Partikelanzahl im Pkw-Auspuff messen. Defekte Partikelfilter können so innerhalb von zwei Minuten ausfindig gemacht werden. Das in Österreich angewandte Trübungsverfahren beim Abgas schafft das dagegen nicht. **FG**

# Naturkatastrophen und Klimakrise

## Zunahme von Naturkatastrophen weltweit: 2000–2019 im Vergleich zu 1980–1999



**Der letzte Winter** in Österreich ist laut Statistik als Sechzehnter in Folge wärmer als das Mittel von 1961 bis 1990. Auch der Sommer 2021 zählt zu den zehn wärmsten der 255-jährigen Messgeschichte. Wochenlang herrschte im ersten Quartal 2022 in weiten Teilen Österreichs große Trockenheit. Weltweit haben Naturkatastrophen, die unmittelbar mit dem Klimawandel zu tun haben, in den vergangenen 20 Jahren im Vergleich zur Vorperiode extrem zugenommen. Erdbeben, Flächenbrände, Stürme und Dürren haben um rund 30 bis 50 Prozent zugenommen, Überschwemmungen wurden mehr als doppelt so häufig registriert und Extremtemperaturen haben sich mehr als verdreifacht. In absoluten Zahlen sind Überschwemmungen und Stürme mit Abstand die häufigsten Naturkatastrophen. Im Bericht des Büros der Vereinten Nationen für die Verringerung des Katastrophenrisikos (UNDRR) werden auch die von Katastrophen betroffenen Menschen und Todesfälle erfasst. Von Überschwemmungen waren in den letzten 20 Jahren mit 1,65 Milliarden die meisten Menschen betroffen, von Dürren 1,43 Milliarden und von

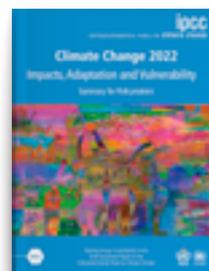
Stürmen fast 730 Millionen. Stürme, extreme Temperaturen und Überschwemmungen sind für fast eine halbe Million Todesfälle weltweit verantwortlich. Der Bericht folgert, dass die derzeitigen Maßnahmen nicht für die Bewältigung systemischer Risiken durch den steilen Anstieg der klimabedingten Katastropheneignisse geeignet sind. Die Chancen für eine klimaresiliente Entwicklung sind zunehmend begrenzt, wenn die Treibhausgasemissionen nicht rasch zurückgehen, insbesondere wenn die globale Erwärmung von 1,5°C in naher Zukunft überschritten wird. Das Zeitfenster für wirksame Maßnahmen schließt sich. **SL**



**Wir riskieren den Punkt zu verpassen, an dem wir einen unkontrollierbaren Klimawandel mit katastrophalen Folgen [...] verhindern können. (UN-Generalsekretär António Guterres)**

## Climate Change 2022: Bericht des Weltklimarates

**IPCC Report** Der Sechste Sachstandsbericht des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC oder auch „Weltklimarat“) besteht wieder aus drei Bänden und einem Synthesebericht. Nachdem der erste Band zu den naturwissenschaftlichen Grundlagen bereits im August 2021 präsentiert wurde, folgte nun der Band der Arbeitsgruppe II zu Folgen, Anpassung und Verwundbarkeit. Er wurde im Zuge der 55. IPCC-Plenarsitzung, die von 14.-27. Februar 2022 virtuell stattfand, verabschiedet.



Im Bericht werden ökologische Zusammenhänge betrachtet, die Anpassungskapazitäten und -grenzen natürlicher Systeme und menschlicher Gesellschaften untersucht und die unterschiedlichen Folgen des von Menschen verursachten Klimawandels bewertet. Dabei zeigt sich, dass die Zunahme von Wetter- und Klimaextremen bereits zu einigen irreversiblen Folgen geführt hat. Vor diesem Hintergrund werden auch Optionen aufgezeigt, wie eine resiliente und gerechte Zukunft für alle gestaltet werden könnte. **FW**

**Link zum Bericht:** <https://www.ipcc.ch/report/ar6/wg2/>

**Link zum Kurzvideo:** <https://www.youtube.com/watch?v=hLUtb2Q2nk0>





## Tipp

Der Policy Brief „The Importance of Direct Awards for the European Railway System“ der AK EU finden Sie unter: <https://www.akeuropa.eu>

**Die vom Wettbewerb beseelte Europäische Kommission will das bewährte System der Direktvergabe zerstören und interpretiert daher demokratisch beschlossene Gesetze in ihrem Sinne um.**

## Direktvergabe von Bahnverkehren erhalten!

**Personenverkehr** Die PSO-Verordnung 1370/2007 regelt, wie in der EU öffentlicher Verkehr durch Steuergelder mitfinanziert werden kann. Die Verordnung sieht bei Eisenbahnen die Wahlmöglichkeit zwischen Direktvergabe und wettbewerblicher Ausschreibung vor. So kann man Verkehrsdienste ausschreiben und danach an den Billigstbieter vergeben. In der Schweiz und Österreich wird hingegen an bewährte Unternehmen direkt vergeben. Dieses Modell ist sehr erfolgreich, aber der neoliberalen Europäischen Kommission ein Dorn im Auge. Bei der Novelisierung der PSO-Verordnung wollte sie deshalb Ausschreibungen zur Regel machen. Dies wurde im anschließenden Gesetzwerdungsprozess abgeschwächt. Die Direktvergabe wurde zwar erschwert, ist aber immer noch möglich. Also versucht die Kommission, über den Umweg einer Leitlinie – sozusagen eine Gebrauchsanweisung, wie die Verordnung anzuwenden ist – ihre ursprünglichen Ideen umzusetzen. Einen Gesetzestext einfach „umzuinterpretieren“, ist ein starkes und antidemokratisches Stück! Die AK und die Verkehrsgewerkschaft vda leisten Widerstand und haben in Brüssel schon mit der Lobbyingarbeit begonnen. Dazu wurde auch ein vierseitiges Fact Sheet in englischer Sprache erstellt. **HH**

Kommentar

## Sinn und Unsinn des Klimarates



Von Heinz Högelsberger

Im März 2008 fand – organisiert vom Umweltbundesamt und Ö1 – die Bürger:innen-Konferenz „Risiko-Energiegesellschaft“ statt. 35 Menschen, die Österreichs Gesellschaft abbildeten, diskutierten an zwei Wochenenden über Umweltprobleme. Als externer Experte eingeladen, war ich von der „kollektiven Intelligenz“ und dem Niveau der Diskussionen schwer beeindruckt. Seither bin ich überzeugt: Wenn man Menschen ausreichend Zeit, Raum und Fakten zu Verfügung stellt, so kommen sie fast zwangsläufig zu guten, vernünftigen und auch originellen Schlussfolgerungen und Vorschlägen. Die Bevölkerung ist geistig oft weiter, als „sachzwangbedrängte“ Politiker:innen und bornierte Intellektuelle glauben.

**Stell man Menschen ausreichend Zeit, Raum und Fakten zu Verfügung stellt, kommen sie fast zwangsläufig zu guten Entscheidungen.**

Darin kann die Stärke – aber auch das Risiko des aktuellen „Klimarates der Bürger:innen“ liegen: Die arrivierte Politik und die Wirtschaft haben bislang in Sachen Klimaschutz versagt. Nun soll „das Volk“ die verkohlten Kastanien aus dem Feuer holen. Manche finden es demokratiepolitisch bedenklich, eine zusammengewürfelte Gruppe von 100 Menschen an weitreichenden Weichenstellungen zu beteiligen. Was aber gerne vergessen wird: Die formalen Beschlüsse muss ohnehin die gewählte Politik fällen. Die Vorschläge aus dem Jahr 2008 wurden übrigens weitgehend ignoriert.

**Heinz Högelsberger** ist Erdwissenschaftler und Mitarbeiter der Abteilung Umwelt und Verkehr der AK Wien

Foto: Erwin Schuh



**Vor 30 Jahren** „Fragen des Umweltschutzes nehmen heute in der öffentlichen Diskussion immer breiteren Raum ein. Anderes dürfte für den Arbeitnehmerschutz und Fragen der menschengerechten Arbeitsgestaltung gelten. Zwar wird der Gesundheitsschutz zum Teil schon als wichtiger bewertet als die Einkommenshöhe. Trotzdem spielen der Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz und Fragen der Arbeitszufriedenheit lange nicht die Rolle in der öffentlichen Diskussion wie umweltpolitische Fragen. [...] Bei allen umwelt- und arbeitnehmerschutzrechtlichen Vorschriften haben wir es mit einem großen Problem zu tun: es bestehen ungeheure Vollzugsdefizite.“



**Vor 15 Jahren** „Bis zum Ende des Jahrhunderts wird die globale Durchschnittstemperatur [...] zwischen 1,8 und vier Grad zunehmen, ein Vielfaches der Zunahme in den letzten hundert Jahren. Doch die immer besseren Prognosen helfen nicht dabei, die notwendige Politik zu gestalten. Das Besondere am Klimawandel ist, dass die Verringerung des Treibhausgasausstoßes, die wir heute erreichen, erst in vielen Jahrzehnten eine Verlangsamung des globalen Temperaturanstiegs bewirkt. Die besten Aussichten auf Erfolg dürfte eine Politik haben, die die langfristigen Notwendigkeiten mit kurzfristigen Vorteilen verknüpfen kann.“

## Emissionsfreie Busse

**Umrüstung** Busse im öffentlichen Personennahverkehr müssen aufgrund von EU-Vorgaben klimafit werden. Der Aufbau- und Resilienzplan der EU fördert die Beschaffung emissionsfreier Busse. In Österreich läuft jetzt das Förderprogramm EBIN an. Ziel ist es, den Anteil emissionsfreier Busse im ÖPNV drastisch zu steigern. So sollen bis zum zweiten Quartal 2026 mindestens 682 aller im innerösterreichischen Linienverkehr eingesetzten Busse auf emissionsfreie Antriebe (Batterie, Oberleitung oder Wasserstoff) umgestellt und die für den Betrieb notwendigen Infrastrukturen installiert werden. Insgesamt 250 Millionen Euro stehen hierfür zur Verfügung, davon sind 140 Millionen Euro für 2022 vorgesehen. Im Februar 2022 ist die erste von sechs geplanten Ausschreibungen angelaufen. **FG**

**Link zum Förderprogramm:** <https://www.ffg.at/EBIN>

## Offenlegung

Wirtschaft & Umwelt ist ein Organ der Bundesarbeitskammer. Aufgabe ist die Vermittlung fundierter wissenschaftlicher Grundlagen auf den Gebieten Ökologie, Umweltökonomie, Umweltpolitik und nachhaltiger Mobilitätspolitik. Ziel ist die Förderung des Bewusstseins für nachhaltige Entwicklung und die Verbreitung von Informationen über die Wechselwirkungen von Ökologie und Ökonomie.



## Wege zur klimaneutralen Stadt

**Wiener Klima-Fahrplan** Die Wiener Stadtregierung hat sich einer ambitionierten Politik in den Bereichen Klimaschutz und Klimaanpassung verschrieben, mit einem klaren Ziel: Bis 2040 soll die Stadt klimaneutral sein. Um diesen Prozess zu gestalten, wurden neue, ressortübergreifende Strukturen geschaffen und neue Gremien wie der Wiener Klimarat eingerichtet. Nun hat die Stadtpolitik den Wiener Klima-Fahrplan vorgelegt. Mit über 100 Maßnahmen, die laufend ergänzt und angepasst werden sollen, ist er der Auftakt für die klimaneutrale und klimaresiliente Umgestaltung Wiens. Die Maßnahmen reichen von der Umstellung der Mobilität und der Energieversorgung bis zur Verankerung von konkreten Zielvorgaben einer klimaangepassten Stadtentwicklung. Die Transformation Wiens soll dabei möglichst auf einer gemeinsamen Wertebasis aufbauen können. Zu diesem Zweck wurden sieben Prinzipien definiert, von sozialer Gerechtigkeit über die Einbindung von Wissenschaft, Kunst und Kultur bis zur erklärten Vorreiterrolle im eigenen Wirkungsbereich der Stadt. **FW**

**Link zum Klimafahrplan:** <https://www.wien.gv.at/umwelt-klimaschutz/klima-fahrplan-2040.html>

# Aktive Verteilungspolitik gegen die Inflation

Die wegen der Explosion der Energiepreise hohe Inflation trifft Armutsgefährdete und untere Einkommensgruppen besonders hart. Eine sinnvolle Sozial-, Lohn-, und Klimapolitik sind die wirksamsten Instrumente gegen die soziale Krise.

**Welche Auswirkungen hat der Krieg in der Ukraine auf die Inflation?** Die Preise für Gas und Treibstoffe steigen wegen des russischen Angriffs auf die Ukraine mit hohen, zweistelligen Raten. Höhere Rohstoffpreise schlagen zeitverzögert auf die Inflationsrate durch, die im Februar bereits bei 5,9 Prozent lag und noch weiter steigen wird. Im Jahresdurchschnitt könnte sie bei 5 bis 6 Prozent liegen. Das hat negative Verteilungswirkungen: Rohstoffproduzent:innen und einige Energiekonzerne gewinnen, Verbraucher:innen verlieren.

**Wer leidet am meisten unter der Inflation und welche Rolle spielt die gewerkschaftliche Lohnpolitik?** Der gewerkschaftlichen Lohnpolitik ist es bislang gelungen, die Kaufkraft zu sichern. Die Inflationsrate betrug im Durchschnitt der letzten 12 Monate 3,5 Prozent, die letzten Lohnabschlüsse lagen noch darüber. Mit steigender Inflation wird das allerdings immer schwieriger. Vor allem untere Einkommensgruppen und Armutsgefährdete müssen vor Inflation geschützt werden. Sie sind ohnehin in einer prekären sozialen Lage und wenden einen erheblichen Teil ihrer Ausgaben für Haushaltsenergie auf.

**Mit welchen Maßnahmen kann man die negativen sozialen Auswirkungen bekämpfen?** Mindestsicherung und Notstandshilfe für Langzeitarbeitslose sind nicht armutsfest – sie müssen kräftig aufgestockt werden, ebenso der Heizkostenzuschuss. Die Mindestlöhne für die unteren Lohngruppen sollten



Foto: AK Wien

**Marterbauer:** Zur Unterstützung der Betroffenen muss der Sozialstaat armutsfest werden.

## Soziale Folgen der Inflation mit gezielter Sozial- und kaufkraftsichernder Lohnpolitik bekämpfen, Gewinn-Preis-Spirale verhindern.

rasch auf 1.700 Euro brutto pro Monat angehoben werden. Damit Armut sich nicht verfestigt, gilt es in Kindergärten und Schulen zu investieren, die mit besonderen Herausforderungen kämpfen. Gesundheitsvorsorge und Pflegeleistungen müssen gezielt ausgebaut und die Sozialarbeit personell und finanziell gestärkt werden.

**Ist die Inflation ein Problem für die österreichische Wirtschaft und würden höhere Zinssätze dagegen helfen?** Eine Gewinn-Preis-Spirale droht die hohen Energiekosten auf die Gesamtwirtschaft zu übertragen. Das gilt es zu verhindern. Drei Beispiele: Erstens, belasten höhere Energiepreise die

Mieter:innen und als Folge steigen automatisch die Mietzahlungen an die Vermieter:innen. Das kann doch nicht sein. Zweitens, erhöhen Hotels und Gastronomie nach der Wiederanhebung der Mehrwertsteuer ihre Preise, obwohl sie die Mehrwertsteuersenkung 2020 gar nicht in niedrigere Preise weitergaben. Drittens, verdienen sich jene Energiekonzerne, die Wind- oder Wasserkraft nutzen, bei den hohen Strompreisen eine goldene Nase. Warum greift die Politik nicht ein? Hingegen hilft eine Anhebung der Zinssätze durch die Europäische Zentralbank nicht. Geldpolitik wirkt mit einer Verzögerung von mehr als einem Jahr, da ist die überhöhte Inflation hoffentlich bereits wieder vorbei. Höhere Zinsen schaden in einer ohnehin schwierigen wirtschaftlichen Situation. Für die Lösung des sozialen Problems der Inflation sind Lohn-, Sozial-, sowie eine Klimapolitik, die uns unabhängig von fossilen Rohstoffen macht, viel besser geeignet. □

**Markus Marterbauer** ist Chefökonom der Arbeiterkammer Wien.

# Der Preis unserer Energieversorgung

Massive Energiepreiserhöhungen bereiten den Menschen Sorgen. Gleichzeitig steht durch den russischen Aggressionskrieg in der Ukraine die Gasversorgung auf dem Prüfstand. Der Preis unserer Energieversorgung ist nicht nur finanziell höher geworden.

VON SANDRA MATZINGER UND CHRISTINA BRICHTA-HARTMANN

Foto: Babov/Eigen/Prozhyko

## Kurzgefasst

Energie muss als zentraler Teil der Daseinsvorsorge leistbar bleiben. Nur so kann die notwendige Akzeptanz für die Energiewende entstehen. Der Krieg in der Ukraine zeigt uns, dass diese dringender nötig ist denn je. Nicht nur der Umwelt zuliebe, sondern auch des Friedens willen.

**E**uropa und vor allem Österreich sind stark abhängig von russischem Erdgas. Ein Abhängigkeitsverhältnis, das auch politisch als Machtinstrument genutzt wird. Die Verunsicherung über die Versorgung in den kommenden Monaten ist aktuell groß und spiegelt sich in extrem hohen Energiepreisen, vor allem an den Börsen, wider. Aber warum ist Erdgas überhaupt so wichtig?

Erdgas spielt in unserem Energiesystem eine wichtige Rolle: Knapp eine Million Haushalte in Österreich heizen damit. Ein noch größerer Teil des Verbrauchs fällt auf den produzierenden Bereich. Hier wird Erdgas für Prozesswärme und

die nicht-energetische Anwendung eingesetzt. Rund ein Drittel des Erdgasverbrauchs entfällt auf den Sektor Energie – wird also im Wesentlichen für die Erzeugung von Strom und Fernwärme eingesetzt.

Gaskraftwerke sind flexibel einsetzbar, deshalb werden sie dazu verwendet, die unbeständige, weil stark witterungsabhängige Einspeisung erneuerbarer Energie auszugleichen. Vor allem im Winter, wenn PV-Anlagen, Windräder aber auch Laufwasserkraftwerke weniger Strom liefern, die Nachfrage, aber hoch ist, liefern Gaskraftwerke Strom und (Fern-)Wärme. Weil der Strommarkt nach dem

so genannten „merit-order-System“ funktioniert (das bedeutet, dass das teuerste Kraftwerk, das gerade noch gebraucht wird, um die Nachfrage zu decken, den Preis bestimmt) und dies häufig Gas-kraftwerke sind, ist auch der Strompreis in noch nie dagewesene Höhen geschneit. Die Gaspreise, aber auch der CO<sub>2</sub>-Preis, sind daher maßgeblich dafür verantwortlich, wie hoch der Strombörsenpreis ist. Die Konsequenz: zusätzlich zur Energieerzeugung wird auch die Preissituation immer volatiler und die Konsument:innen immer mehr mit Preisausschlägen konfrontiert. Hier ist in letzter Zeit ein eindeutiger Trend abzulesen – und der geht nach oben.

### Was ist da los an den Energiemärkten?

Wie die Entwicklung 2022 weiter gehen wird hängt in erster Linie von der geopolitischen Situation ab. Strom und Gas wird an Börsen gehandelt, und „der Markt“ kann mit Unsicherheit nicht gut umgehen, die Preisausschläge mehren sich. Eine Beruhigung der Energiemärkte ist daher eng mit einem Ende des Ukraine-Krieges verbunden. Aber selbst dann ist davon auszugehen, dass Energie nicht mehr so billig sein wird wie noch vor wenigen Jahren. Die Preise für Strom und Gas befanden sich schon vor der Eskalation in der Ukraine auf einem noch nie dagewesenen Niveau, die Börsenpreise, vor allem für Erdgas, sind in noch lichtere Höhen geklettert. Dies ist auch für das kommende Jahr 2023 zu erwarten, wie die EU-Kommission aber auch die internationale Energieagentur in ihren Analysen prognostizieren. Eine Entspannung der Hochpreislage ist Stand Redaktionsschluss Ende März jedenfalls nicht absehbar.

Obwohl Energieversorger mit Kraftwerken selbst Strom erzeugen oder langfristige Lieferverträge für Gas haben, schlagen die Börsenentwicklungen immer mehr auf die Energierechnungen der Endkund:innen durch. Grund dafür ist, dass immer mehr Verträge an die Entwicklung von Indizes wie dem Strom-Großhandelspreisindex ÖSPI der österreichischen Energieagentur oder deren Gas-

Großhandelspreisindex ÖGPI, gekoppelt werden. Zeitverzögert und geglättet wirken sich die Börsenentwicklungen dann auch auf die Energierechnungen der Kund:innen aus. Bei sogenannten „Floater“-Verträgen sind die Energiepreise sogar direkt an die Börsenpreisentwicklungen gekoppelt und ändern sich Monat für Monat.

Die Preisrallye an den Börsen hat unterschiedliche Ursachen: Beim Gas ist zu einem guten Teil der strenge Winter im Vorjahr verantwortlich, der zu einem frühen Rückgriff auf die Gasspeicher in Europa geführt hat. Zeitgleich führte das Wetter zu geringerer erneuerbarer Stromerzeugung, Gas-kraftwerke mussten einspringen. Mit dem wirtschaftlichen Aufschwung im vergangenen Jahr ist die Nachfrage nach Erdgas global weiter gestiegen und traf dabei auf ein vergleichsweise geringes Angebot. So hat etwa Gazprom zwar seine Lieferverpflichtungen aus den Langfristverträgen erfüllt, die eigenen Gazprom-Speicher in Europa aber nicht wie bisher aufgefüllt und auch an der Börse nur wenig Erdgas gehandelt. Auch dieser Effekt erhöhte den Gaspreis. Die hohen Preise führten wiederum dazu, dass die Speicher nicht wie üblich über die warmen Monate aufgefüllt wurden.

Die anhaltende Hochpreissituation ist aber nur zum Teil durch die geschilderten Angebotsmechanismen erklärbar. Auch Finanzmarktakteure haben durch Spekulationsgeschäfte an den Börsen wohl die Preise in die Höhe getrieben.

### Fix ist: Billig ist's nimmer

Im Rahmen des Preismonitors untersucht die AK seit Jahren die Energiepreise der wichtigsten österreichischen Energieanbieter. Dabei zeigte sich, dass in der Zeitspanne von März 2020 bis März 2022 lediglich zwei Gasanbieter Tarifsenkungen durchgeführt haben – diese Anbieter haben auch seither die Erhöhungen der Großhandelspreise nicht an ihre Kund:innen weitergegeben.

Bei den Stromlieferanten hat kein einziger Anbieter die Preise gesenkt (obwohl während der Coronapandemie im Jahr 2020 die Preise massiv eingebrochen sind). Die Stromtarife, die Anbieter aktuell ▷



**Sandra Matzinger** ist Referentin in der Abteilung Wirtschaftspolitik der AK Wien mit Schwerpunkt Energiepolitik.

Foto: Lisi Specht



**Christina Brichta-Hartmann** ist Referentin in der Abteilung Wirtschaftspolitik der AK Wien mit Schwerpunkt Energiepolitik.

Foto: SPÖ Wien

**€ 200 Mrd.**

Überschussgewinne für Energieerzeuger in ganz Europa.

ihren Neukunden gewähren, sind teilweise über 360 Prozent höher als jene für die Bestandskund:innen, im Durchschnitt wird 140 Prozent mehr verlangt. Aktuell gewähren in der AK Untersuchung bloß drei österreichische Stromanbieter Neukund:innen dieselben Konditionen wie Bestandskund:innen. Gleichzeitig darf nicht darauf vergessen werden, dass in den Bestandskonditionen bereits die Erhöhungen seit dem Steigen der Stromgroßhandelspreise eingepreist sind. Durchschnittlich sind diese Tarife im heurigen März um 16 Prozent gegenüber dem Vergleichsmonat des Vorjahres gestiegen.

Beim Gas zeigt sich ein ähnliches Bild: auch hier sind die Neukundentarife teils über 450 Prozent höher als die Tarife für Bestandskund:innen – im Fall eines Anbieters gar um 900 Prozent, im Durchschnitt über die Gasanbieter um 220 Prozent; die Steigerung der Bestandstarife von März 2021 auf März 2022 beträgt im Schnitt 12 Prozent.

Die Energierechnung besteht – neben dem reinen Energiepreis – aber noch aus den Netzkosten und den Steuern und Abgaben. Auch die Netzkosten steigen heuer bis zu 8 Prozent bei Gas und bis zu 15 Prozent bei Strom und tragen damit zu einer Erhöhung der Kosten für die Konsument:innen bei. Es muss daher dringend eine Lösung für jene Menschen gefunden werden, die jetzt schon Probleme haben, ihre Energierechnungen zu zahlen – also vor allem für jene, die von akuter Energiearmut betroffen sind.

Die derzeitige Preissituation stellt aber nicht nur energiearme Haushalte vor große Probleme. Auch für Haushalte mit mittlerem Einkommen oder Pensionist:innen, die bisher mit ihrem Einkommen bzw. ihrer Pension gut ausgekommen sind, wird die gestiegene Kostenbelastung durch Strom, Gas und Wärme immer spürbarer. Um eine Dimension zu nennen: Haushalte im Osten Österreichs, die Strom und Gas verwenden, sind heuer mit Mehrkosten von rund € 250 bis € 600 konfrontiert. Und die Tendenz zeigt weiter nach oben.



### Bis zu € 600

mehr müssen Haushalte im Osten Österreichs für Strom und Gas an Mehrkosten einkalkulieren. Icon: [www.freepik.com](http://www.freepik.com)

### Was kann man tun?

Aus den Entwicklungen der Großhandelspreise und den Ergebnissen des Preismonitors sowie den Erfahrungen der letzten Monate lassen sich die folgenden Schlüsse ziehen:

Einerseits muss eine engmaschige Überwachung der Energiemärkte auf nationaler Ebene installiert und eine tiefgehende wettbewerbsrechtliche Überprüfung der relevanten Energiebörsen – auch im Hinblick auf Spekulationseffekte – auf EU-Ebene durchgeführt werden. Es kann nicht sein, dass Finanzmarktakteure die ohnehin angespannte Situation durch Spekulationen noch weiter anheizen. Andererseits verfügt weder der Staat noch die Regulierungsbehörde E-Control über ausreichend Information zu welchen Preisen Energieversorger Gas einkaufen oder Strom produzieren. Die veröffentlichten Börsenpreise geben zwar ein Bild über aktuelle Handelspreise, aber keine Information über langfristig getroffene Preisvereinbarungen. Das heißt der Börsenpreis gibt nicht die tatsächlichen Kosten der Energieversorger bzgl. ihrer Einkäufe wieder. Auch hier muss jedenfalls genauer hingeschaut werden.

**Konsument:innen sind immer mehr mit Preisausschlägen konfrontiert. Wobei hier in letzter Zeit ein eindeutiger Trend abzulesen ist: nach oben.**

Gleichzeitig müssen stabile Standardtarife von den Energielieferanten angeboten werden: Jeder Energieversorger sollte einen verlässlichen Tarif mit mittelfristig stabilen Preisen anbieten, der nicht direkt an die Entwicklung der Großhandels- oder Börsenpreise gekoppelt ist. Dabei ist anzudenken, auch sogenannte „windfall-profits“ der Energieunternehmen, also hohe Zusatzeinnahmen aufgrund der momentan hohen Preise an der Energiebörsen, mit einer Zusatzsteuer zu belegen, wie dies z.B. Rumänien oder Italien bereits gemacht haben. Weil sich die Erzeugungskosten von Anlagen, die Strom auf Basis von erneuerbaren Energieträgern erzeugen (Wind, PV und Wasserkraft) in letzter Zeit nicht geändert haben, entstehen massive Überschussgewinne, denn die zu den gleichen Kosten erzeugte Energie kann jetzt viel teurer verkauft werden. Die internationale Energieagentur schätzt, dass sich diese Überschussgewinne in ganz Europa auf ca. € 200 Mrd. belaufen und schlägt ebenso wie die EU-Kommission vor, diese zur Entlastung der Haushalte zu verwenden.

Wenn die Energiepreise weiter steigen sind auch staatliche Eingriffe in die Energiepreise vorzunehmen. Diese Möglichkeit eröffnet die EU-Kommis-



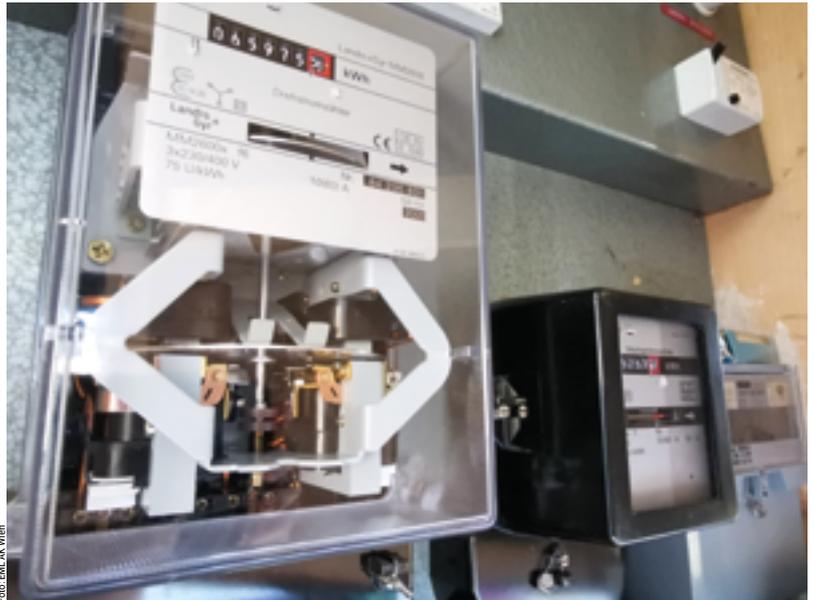
## 360 Prozent

zahlen Neukund:innen aktuell mehr für ihren Strom als Bestandskund:innen. Icon: www.freepic.com

sion in ihrer Toolbox 2 – ein bereits im Herbst 2021 vorgestellter Werkzeugkasten gegen hohe Energiepreise, der diverse Vorschläge für die Mitgliedsstaaten enthält und jetzt Anfang März nochmals an die weiterhin angespannte Situation angepasst wurde. Temporär befristet kann für alle Haushaltskund:innen und kleine Betriebe in Ausnahmesituationen, wie die momentane Hochpreisphase eine darstellt, ein Preisdeckel bei den Stromkosten eingezogen werden.

Denn eines ist klar: die momentan von der Bundesregierung getroffenen Maßnahmen reichen bei weitem noch nicht aus, um die Konsument:innen zu entlasten. Weder der vorgestellte Entfall der Erneuerbaren Förderkosten im heurigen Jahr in Höhe von durchschnittlich € 120 noch der vor kurzem vorgestellte Energiekostenbonus von € 150 sind mehr als „Tropfen auf dem heißen Stein“. Denn die zugrundeliegenden, akuten Probleme bleiben ungelöst. Benötigt wird ein Gesamtpaket: Die AK fordert deshalb schon seit Längerem mehr Konsument:innenrechte in der Nah- und Fernwärme, einen One-Stop-Shop zum Heizkesseltausch und einen Energie- und Klimahilfsfonds. Weiters würde eine befristete Reduzierung der Umsatzsteuer auf Strom und Gas sowie eine deutliche Erhöhung der Heizkostenzuschüsse der Länder rasch zu spürbaren Entlastungen der Konsument:innen führen. Auch die Energie-Wirtschaft, allen voran jene großen Stromversorger, die jetzt massive Gewinne machen, hat noch Luft nach oben, was ihr Engagement angeht.

Auch mittelfristig müssen praktikable Maßnahmen zur Unterstützung der Konsument:innen in der Energiewende getroffen werden. Vor allem vor dem Hintergrund, dass die Energiepreise zumindest bis 2023 hoch bleiben werden, die Stromkosten vermutlich sogar noch länger. Hier wäre zumindest eine dauerhafte Senkung der Umsatzsteuer auf erneuerbaren Strom geboten – das wäre auch ein kleiner Booster für den Dekarbonisierungsprozess. □



**Die Energiewende muss leistbar bleiben**

## Energiearmut kommt in der Mitte an

Besonders für energiearme Haushalte ist die derzeitige Preisexplosion kaum zu bewältigen, haben sie schon unter normalen Umständen Schwierigkeiten, ihre Energierechnungen zu zahlen oder ihre Wohnräume ausreichend zu heizen. Energiearmut ist ein komplexes Phänomen, bei dem verschiedene Kriterien betrachtet werden müssen: Neben finanziellen Faktoren – wie geringem Einkommen oder steigenden Energiepreisen – spielen Wohnverhältnisse bzw. Gebäudeausstattung, das Wissen über die richtige Energienutzung sowie der Wohnort – Stadt-Land-Unterschiede – eine wichtige Rolle.

Menschen mit wenig Einkommen können sich keine Neubauwohnung auf Niedrigenergiestandard leisten. Sie sind auf günstigen

Wohnraum angewiesen, der jedoch oft mit geringeren Standards einhergeht. Wer in einer Wohnung ohne Wärmedämmung oder mit schlecht isolierten Fenstern lebt, muss mehr heizen. Wer wenig Geld hat, ist auf alte „Stromfresser“ angewiesen, da er keine neuen und energieeffizienten Elektrogeräte anschaffen kann. Das führt dazu, dass die Strom- und Gasrechnungen nicht mehr bezahlt werden können. So entsteht eine Armutsspirale, aus der es für die Betroffenen kaum noch einen Ausweg gibt. Die AK hat einen breiten Maßnahmenmix gefordert, der auch durchaus leicht umsetzbar ist. Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit können Hand in Hand gehen – wenn die beteiligten Akteur:innen – Bund, Länder, Energieversorger, Regulierungsbehörde – an einem Strang ziehen. □

# Das Ziel ist ambitioniert. Doch, wie schaffen wir die Energiewende?

In wenigen Jahren wollen wir klimaneutral sein. Gerade jetzt zeigt die aktuelle politische Situation, wie abhängig die EU vom Import fossiler Energieträger ist. Doch wie schaffen wir in so kurzer Zeit eine vollständige Dekarbonisierung der Energieversorgung? VON DOROTHEA HERZELE UND JOSEF THOMAN



**Dorothea Herzele** ist Referentin in der Abteilung Wirtschaftspolitik der AK Wien mit Schwerpunkt Energiepolitik.

Foto: Lisi Specht

Die klimapolitischen Vorgaben sind ambitioniert. Die europäische Union hat sich das Ziel gesetzt bis 2050 klimaneutral zu sein, also (netto) keine Treibhausgase mehr auszustoßen. Die österreichische Bundesregierung möchte dies für Österreich schon 2040 – also in nur knapp 18 Jahren erreichen. Bis 2030 möchte Österreich zudem die Stromversorgung auf hundert Prozent erneuerbare Energie umstellen.

## Energieeffizienz als Basis

Die wichtigste Maßnahme zur Erreichung dieser Ziele ist unumstritten. Doch sie hat keine Lobby. Die Rede ist von der Energieeffizienz. Nur wenn es uns gelingt Energie deutlich effizienter einzusetzen als wir dies heute tun, kann es gelingen die Versorgung vollständig durch erneuerbare Energie zu decken. Ein effizienterer Energieeinsatz bedeutet nicht nur einen geringeren CO<sub>2</sub>-Ausstoß, sondern auch eine Verringerung der Importabhängigkeit und damit eine Erhöhung der Versorgungssicherheit. Neben Förderungen zur thermischen Sanierung von Gebäuden ist das zentrale ordnungsrechtliche Instrument ein wirksames Energieeffizienzgesetz. Doch das seit 2015 geltende Gesetz ist Ende 2020 ausgelaufen und noch immer warten wir das neue. Die Zeit drängt, denn bis 2030 soll der Primärenergieverbrauch in der EU gegenüber 2007 um 39 Prozent reduziert werden. Neben dem effizienten Einsatz ist aber auch die Frage des richtigen Energieträgers zentral.



**Josef Thoman** ist Referent in der Abteilung Wirtschaftspolitik der AK Wien mit Schwerpunkt Energiepolitik.

Foto: privat

## Erneuerbare elektrische Energie als wichtigste Ressource

Elektrizität spielt bei der Dekarbonisierung eine zentrale Rolle. Sie kann klimafreundlich, etwa durch Wasserkraft, Windkraft- oder Photovoltaikanlagen, erzeugt werden. Gleichzeitig kann

sie vielfältig eingesetzt werden und als Ersatz für fossile Energieträger dienen. Dies gilt im Wärmebereich (Wärmepumpen) ebenso wie in der Mobilität und in zahlreichen industriellen Anwendungen. Dabei ist der Einsatz in der Regel deutlich effizienter, weil Umwandlungsverluste wegfallen. Aktuell macht Strom in Österreich rund ein Fünftel des energetischen Endverbrauchs aus. Insbesondere aufgrund der Wasserkraft ist der Anteil erneuerbarer Energie an der heimischen Stromproduktion mit über 80 Prozent bereits heute relativ hoch. Doch um die Nachfrage zu decken, muss derzeit auch auf Importe zurückgegriffen werden. Bis 2030 soll sich das ändern.

Das kürzlich beschlossene Erneuerbaren Ausbaugesetz sieht vor, dass bis dahin die Stromnachfrage (bilanziell) zu 100 Prozent aus im Inland produzierten erneuerbarem Strom gedeckt wird. Dementsprechend sollen 27 TWh an Jahresproduktion hinzu kommen. Das entspricht ca. der Summe aus 90 km<sup>2</sup> Photovoltaik, 1.500 Windrädern, vier großen Donaukraftwerken und über hundert zusätzlichen Biomassekraftwerken. Die aktuell sehr hohen Energiepreise haben dazu geführt, dass sich im Moment die Errichtung erneuerbarer Energieanlagen auch ohne Förderungen auszahlt. Sollten die Preise wieder sinken, sorgt das Erneuerbaren Ausbaugesetz mit Förderungen



**-39%**

Bis 2030 soll der Endenergieverbrauch in der EU gegenüber 2007 um 39 % reduziert werden. Icon: www.freepic.com



Foto: Wien Energie / Johannes Zinner

**Jobs mit Zukunft:** Investitionen in Ausbildung und gute Arbeitsbedingungen sind nötig um den großen Fachkräftebedarf zu decken.

in der Höhe von bis zu einer Milliarde Euro jährlich für den Ausbau von Ökostrom. Finanziert wird dies von den Stromkund:innen über den sogenannten Erneuerbaren-Förderbeitrag und die Erneuerbaren-Förderpauschale. Beides sind Umlagen die als Aufschlag zu den Netzentgelten mit der Stromrechnung zu zahlen sind. Dabei tragen die privaten Haushalte mit rund 40 Prozent der Förderkosten den größten Teil, obwohl sie für nur rund ein Viertel des Stromverbrauchs verantwortlich sind.

### Das Stromnetz als Drehscheibe der Transformation

Mit der Errichtung von Erzeugungsanlagen ist es aber noch nicht getan. Der Ausbau von erneuerbaren Energieanlagen, wie Wind- und Photovoltaik-Anlagen, bedeutet eine Dezentralisierung der Stromproduktion. Diese neuen Anlagen müssen nicht nur angeschlossen werden, der rasche Ausbau erneuerbarer Energien erfordert auch mehr und leistungsfähiger Stromnetze.

Auf der Hochspannungsebene braucht es neue Übertragungsleitungen, um die vorhandenen Produktionskapazitäten besser nutzen zu können. Neue Umspannwerke und regionalen Netze müssen ausgebaut werden, um die ständig zunehmende Menge Strom aus neuen Erzeugungs-

anlagen aufnehmen zu können. Zudem müssen die Netze verstärkt werden um neue Anwendungen, z.B. Wärmepumpen oder Ladestationen für Elektrofahrzeuge integrieren zu können oder auch Ungleichgewichte, also Stromüberschüsse oder -defizite besser ausgleichen zu können. In den kommenden Jahren sind daher allein in Österreich jährlich bis zu einer Milliarde Euro an Investitionen in die Netzinfrastruktur notwendig. Die Kosten dafür werden nicht durch öffentliche Mittel gedeckt, sondern direkt von den Stromverbraucher:innen und auch wieder zum größten Teil durch die private Haushalte, über Netznutzungsentgelte getragen. Einen nur sehr geringen Beitrag dazu leisten die Stromerzeuger und de facto gar keinen die Energiehändler.

### Grünes Gas: So wenig wie möglich, so viel wie notwendig

Doch selbst wenn es uns gelingt weitgehend auf Elektrizität setzen, werden wir auch in Zukunft auf den Einsatz von Gasen angewiesen sein. Das gilt etwa für die nicht-energetische Nutzung, sowie für Hochtemperaturprozesse in der Industrie. Aber auch das Stromsystem ist in mehrerlei Hinsicht auf Gaskraftwerke angewiesen. Sie ▷

### Kurzgefasst

Die Ziele sind ambitioniert, die Zeit ist knapp. Die Dekarbonisierung der Energieversorgung kann nur gelingen, wenn wir Energie effizienter einsetzen, die Stromerzeugung aus Erneuerbaren massiv ausbauen und Grünes Gas nur dort einsetzen, wo es keine Dekarbonisierungsalternativen gibt. Hürden sind weniger die Finanzierung als die rechtlichen Rahmenbedingungen und die nicht ausreichenden Fachkräfte.

**Der rasche Ausbau erneuerbarer Energien erfordert auch mehr und leistungsfähiger Stromnetze.**

dienen dazu, die volatile, weil stark witterungsabhängige Einspeisung erneuerbarer Energie ins Stromnetz auszugleichen. Denn ein Ungleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage führt zu Frequenzschwankungen, welche wiederum zu einem Systemzusammenbruch führen und einen

**Nur wenn es gelingt Energie deutlich effizienter einzusetzen, kann es gelingen die Nachfrage vollständig durch erneuerbare Energie zu decken.**

Black-Out zur Folge haben. Im Winter, wenn PV-Anlagen, Windräder aber auch Laufwasserkraftwerke weniger Strom liefern, die Nachfrage aber hoch ist, liefern Gaskraftwerke Strom und (Fern-) Wärme. Da Erdgas flexibel einsetzbar ist und wesentlich weniger CO<sub>2</sub> verursacht als Öl oder Kohle, ist es der letzte fossile Energieträger, der das Energiesystem verlassen wird. Als Ersatz für Erdgas sollen grüne Gase, also Biomethan, aus Biomasse sowie (erneuerbarer) Wasserstoff aus Elektrolyseanlagen, dienen. Doch die Ressourcen für Biomethan und Wasserstoff sind knapp. So zeigen Studien, dass Österreich nur rund ein Viertel des Bedarfs an grünen Gasen durch inländische Produktion decken wird können. Dabei gilt es einen zu hohen Flaschenverbrauch bzw. Rohstoffkonflikte mit der Lebens- und Futtermittelproduktion zu vermeiden. Da die Nachfrage nach grünen Gasen weltweit stark zunehmen wird, sind Importe mit geopolitischen Auseinandersetzungen und Konflikten um Rohstoffe verbunden. Das bedeutet zudem, erneuerbare Gase bleiben – auch im Verhältnis zu anderen erneuerbaren Energieträgern – teuer. Diese Gase sollten daher in erster Linie dort eingesetzt werden, wo es für die Dekarbonisierung keine Alternativen gibt. Beispiel hierfür sind Teilbereiche der Industrie, insbesondere die Stahlerzeugung, sowie die chemische Industrie aber auch der schwere Nutzverkehr. Sie können aber auch dazu dienen, im Sommer elektrische Überschussenergie zu speichern und im Winter die Wärme- und Stromversorgung unterstützen.

**Für die Finanzierung ist gesorgt. Wesentliche Hürden sind die rechtlichen Rahmenbedingungen und nicht ausreichend Fachkräfte.**

Black-Out zur Folge haben. Im Winter, wenn PV-Anlagen, Windräder aber auch Laufwasserkraftwerke weniger Strom liefern, die Nachfrage aber hoch ist, liefern Gaskraftwerke Strom und (Fern-) Wärme. Da Erdgas flexibel einsetzbar ist und wesentlich weniger CO<sub>2</sub> verursacht als Öl oder Kohle, ist es der letzte fossile Energieträger, der das Energiesystem verlassen wird. Als Ersatz für Erdgas sollen grüne Gase, also Biomethan, aus Biomasse sowie (erneuerbarer) Wasserstoff aus Elektrolyseanlagen, dienen. Doch die Ressourcen für Biomethan und Wasserstoff sind knapp. So zeigen Studien, dass Österreich nur rund ein Viertel des Bedarfs an grünen Gasen durch inländische Produktion decken wird können. Dabei gilt es einen zu hohen Flaschenverbrauch bzw. Rohstoffkonflikte mit der Lebens- und Futtermittelproduktion zu vermeiden. Da die Nachfrage nach grünen Gasen weltweit stark zunehmen wird, sind Importe mit geopolitischen Auseinandersetzungen und Konflikten um Rohstoffe verbunden. Das bedeutet zudem, erneuerbare Gase bleiben – auch im Verhältnis zu anderen erneuerbaren Energieträgern – teuer. Diese Gase sollten daher in erster Linie dort eingesetzt werden, wo es für die Dekarbonisierung keine Alternativen gibt. Beispiel hierfür sind Teilbereiche der Industrie, insbesondere die Stahlerzeugung, sowie die chemische Industrie aber auch der schwere Nutzverkehr. Sie können aber auch dazu dienen, im Sommer elektrische Überschussenergie zu speichern und im Winter die Wärme- und Stromversorgung unterstützen.

### Rechtsrahmen und Fachkräfte entscheidend

Für die Finanzierung des Netzausbaus und den Ausbau Erneuerbarer Energie ist grundsätzliche gesorgt. Wesentliche Hürden bleiben die rechtlichen Rahmenbedingungen. Genehmigungsverfahren für die Errichtung von Erneuerbaren Anlagen oder den Netzausbau dauern teilweise mehrere Jahre. Hier fehlt es nach wie vor an einer

## 1/4

Maximal ein Viertel des Bedarfs an grünen Gasen kann durch inländische Produktion gedeckt werden.

verbindlichen integrierten Netzplanung, an gesetzlich definierten Grenzwerten (etwa für elektromagnetische Strahlung), aber auch an ausreichender personeller Ausstattung auf Seiten der Behörden. Insbesondere im Übertragungsnetz gilt es, Stakeholder frühzeitig einzubinden und lange Genehmigungsverfahren zu straffen. Für aber tausende Windkraft- und PV-Anlagen braucht es entsprechende Flächen. Hier sind die Länder gefordert, mit angemessenen, klaren und einheitlichen Regeln den richtigen Weg zu finden, um die Akzeptanz der Bevölkerung nicht zu verlieren und ausreichend Flächen zu schaffen. Um Akzeptanz zu schaffen ist zudem eine breite Beteiligung notwendig. Energiegemeinschaften sind hier ein Weg. Aber auch in Mehrparteiengebäuden muss die Errichtung von PV-Anlagen oder der Umstieg auf erneuerbare Heizungssysteme erleichtert werden. Oft ist dies aufgrund umfassender Zustimmungspflichten schwierig.

Im Bereich des Gasnetzes gilt es ein Greenwashing zu vermeiden. Dazu müssen jetzt die Rahmenbedingungen geschaffen werden, einerseits um Biomethananlagen anzuschließen, andererseits um das Netz – mit dem Rückgang der Anwendung von Gas im Wärmebereich – Schritt für Schritt zu redimensionieren. Nur so kann die Leistbarkeit für die verbleibenden Gas-Netzkund:innen sichergestellt werden.

Ob die Energie- und Klimaziele erreicht werden können, wird auch davon abhängen, ob es genug gut qualifiziertes Personal gibt, denn die Energiewende ist auch eine anspruchsvolle Arbeit, die getan werden muss. Schon derzeit besteht in vielen Bereichen ein Mangel an Fachkräften – egal ob im Bereich Bauen & Sanieren, beim Heizungstausch oder beim Installieren erneuerbarer Erzeugungsanlagen. Es müssen Perspektiven für einen resilienten Arbeitsmarkt geschaffen werden. Nötig sind eine Ausbildungs- und Qualifizierungsoffensive sowie ein breites Angebot an Umschulungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten. So können sich angehende Professionist:innen zusätzliche Kompetenzen aneignen. Die arbeitsmarkt- und bildungspolitischen Maßnahmen brauchen eine ausreichende finanzielle Basis und einen Aktionsplan, um ein koordiniertes Vorgehen zu gewährleisten. □

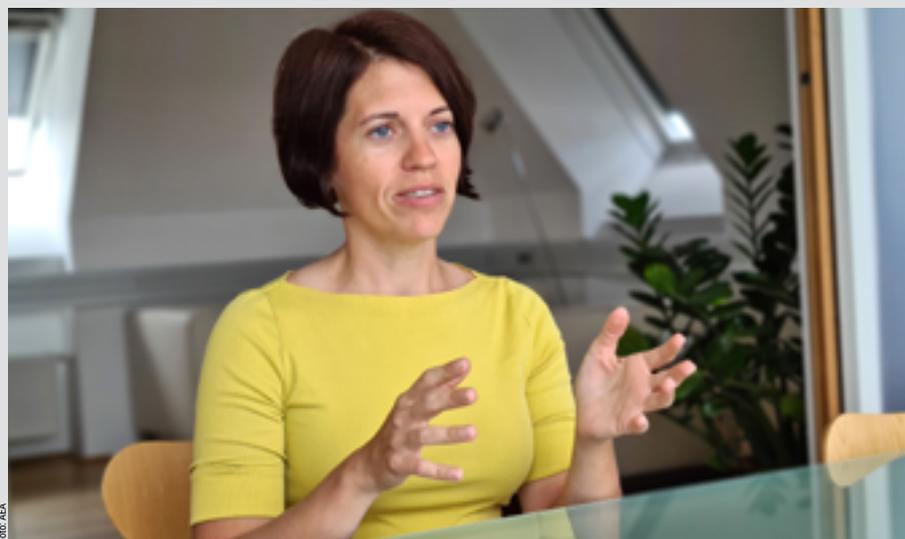
# Potenziale zur Verringerung der Gas-Abhängigkeit

Mit dem Krieg in der Ukraine rückt die Versorgung mit Erdgas und die starke Abhängigkeit Österreichs von russischem Gas in den Mittelpunkt. **Karina Knaus** von der Österreichischen Energieagentur beleuchtet Alternativen.

**Warum ist Erdgas für Österreich so wichtig?** Erdgas spielt mit 22 Prozent nach Öl die zweitgrößte Rolle beim Bruttoinlandsverbrauch. Insgesamt werden mehr als 8 Milliarden m<sup>3</sup> Erdgas in Österreich eingesetzt, der Großteil davon von Industrie und Kraftwerken. Erdgas ist aber auch die zweithäufigste Heizform in Österreich, mehr als 900.000 Wohnungen werden hauptsächlich mit Gas beheizt. Die meisten Gasheizungen gibt es in Wien, rund die Hälfte aller Wohnungen werden damit versorgt.

**2021 hat Österreich Gas im Wert von 4,2 Milliarden Euro importiert. Wer importiert das Gas und wer trifft Entscheidungen über ausreichende Speicher?** Der Gasmarkt ist in Österreich liberalisiert. Private Unternehmen wie etwa Energieversorgungsunternehmen, Industrie oder Betreiber von Speichern handeln an den Gasbörsen oder haben entsprechende Verträge mit Anbietern. Für eine größere Unabhängigkeit von russischem Erdgas müssen die Speicher bestmöglich gefüllt werden. Die Befüllung der Gasspeicher und die Diversifikation der Gasimporte erzeugt einen zusätzlichen Preisdruck am Markt. Das Energieministerium arbeitet derzeit an einem Bevorratungsgesetz für Gas, aber auch ein koordiniertes europäisches Vorgehen ist sinnvoll.

**Welche Alternativen gibt es zu Gas aus Russland und wie schnell können diese genutzt werden?** Bei Erdgas ist Österreich stark von Importen abhängig. In den 1970ern konnte man noch die Hälfte des Be-



Jedes Windrad mehr verringert die Abhängigkeit von Gasimporten und erzeugt Energie zu niedrigen Preisen.

**Die Nachfrage nach erneuerbarem Gas übersteigt das Biomethan-Angebot um ein Vielfaches, nämlich um den Faktor 4,4 bis 6,8.**

darfs selbst decken, aktuell sind es nur mehr um die 10 Prozent. Kurzfristig und in bedeutenden Mengen kann das Gas aus Russland nur durch verflüssigtes Erdgas (LNG) vor allem aus den USA, Katar oder Australien ersetzt werden. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich der Import von LNG in die EU im Jänner 2022 bereits verdoppelt. Eine Vollversorgung Europas mit europäischem Erdgas und LNG ist auf Grund fehlender Infrastrukturen noch nicht vorstellbar. Mittelfristig soll entsprechend den europäischen und nationalen Klimazielen die Unabhängigkeit von fossilem Erdgas erreicht werden. Dazu müssen Erneuerbare und auch die Netze massiv ausgebaut und gleichzeitig die Energieeffizienz gesteigert werden.

**Können wir Erdgas vollständig durch Grüne Gase ersetzen? Ist Biomethan die richtige Alternative?** Die Österreichische Energieagentur hat in Kooperation mit den Universitäten Linz und Leoben im Auftrag des Klimaministeriums die Studie „Erneuerbares Gas in Österreich 2040 – Quantitative Abschätzung von Nachfrage und Angebot“ erstellt. Darin werden die Nachfrage nach Gas aus Industrie, Güter-, Flug- und öffentlichem Verkehr, Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen und Heizwerken sowie das Angebot an erneuerbarem Gas betrachtet. Die Gesamtnachfrage in diesen Sektoren liegt im Jahr 2040 dabei zwischen 89 und 138 Terawattstunden (TWh). Das realisierbare Potenzial an erneuerbarem Gas aus biogenen Reststoffen wird dann jedoch nur bei 20 TWh liegen, daraus ergibt sich eine Gasbedarfslücke von mindestens 69 TWh. Die Deckung der Nachfrage nach erneuerbarem, biogenem Gas ausschließlich durch das inländische Angebot wird daher auch 2040 nicht möglich sein. □

**Karina Knaus, PhD** ist Leiterin des Centers „Volkswirtschaft, Konsument:innen und Preise“ bei der Österreichischen Energieagentur

# Die Energiewende – ein nachhaltiges Investment?

In den letzten Jahren hat sich in der Regulierung des Marktes für nachhaltige Finanzprodukte eine neue Dynamik entwickelt. Sie soll wesentlich dazu beitragen, den Investitionsbedarf zur Erreichung der Energie- und Klimaziele zu decken. VON FLORIAN WUKOVITSCH

## Kurzgefasst

Um die Klimakrise in den Griff zu bekommen und nachhaltige Entwicklung insgesamt voranzutreiben, sind massive Investitionen erforderlich. Hier setzen die EU-Maßnahmen zur Förderung eines nachhaltigen Finanzwesens an. Sie sollen dazu beitragen, dass die Finanzmärkte den Übergang in eine klimaneutrale, klimaresiliente, ressourceneffiziente und faire Wirtschaft unterstützen.

Die großen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Herausforderungen im 21. Jahrhundert verlangen nach politischer Gestaltung. Das gilt nicht zuletzt für die Klimakrise, deren Auswirkungen schon heute die Bedingungen für das menschliche Leben verändern, auch in Europa. Österreich ist davon besonders betroffen: Seit dem Ende des 19. Jahrhunderts ist die Temperatur hierzulande etwa doppelt so stark gestiegen (knapp +2°C) wie im globalen Durchschnitt. Als Konsequenz nehmen nicht nur Hitzetage und Tropennächte zu, auch Extremwetterereignisse wie Starkregen, Trockenheit und Stürme verursachen beträchtliche Schäden. Die verlängerte Pollenflugsaison führt zu einer Zunahme von Atemwegserkrankungen und manche Regionen sind bereits mit Wasserknappheit konfrontiert.

Mit dem Übereinkommen von Paris hat man sich daher international dazu verpflichtet, den globalen

**Zur Taxonomie wurde Mitte 2020 eine Einigung zwischen Kommission, Rat und Parlament erzielt – knapp darauf trat die Verordnung in Kraft.**

Temperaturanstieg im Durchschnitt deutlich unter +2°C zu halten und Anstrengungen zu unternehmen, um ihn auf +1,5° C zu begrenzen. Dazu ist es erforderlich, dass schon in der zweiten Hälfte des 21.

Jahrhunderts Klimaneutralität erreicht wird, dass also ein Gleichgewicht zwischen der Emission von Treibhausgasen und ihrer Bindung besteht.

Die Europäische Union möchte bereits 2050 klimaneutral sein, bis 2030 sollen die Treibhausgasemissionen der EU um mindestens 55 Prozent gegenüber dem Wert von 1990 sinken. Das sind die übergeordneten Ziele des europäischen Grünen Deals, der dafür sorgen soll, dass diese durch ein ausgewogenes Zusammenwirken einer

Vielzahl an Strategien und Maßnahmen in unterschiedlichen Bereichen – von Mobilität bis Industrie – auch erreicht werden.

## Herausforderungen der Energiewende

Im Kern geht es um eine komplette Umstellung des Energiesystems, bis 2050 muss de facto ein Ausstieg aus den fossilen Energieträgern gelingen. Dass dieser für die Europäische Union auch politisch und ökonomisch sinnvoll ist, zeigt aktuell die tragische Zuspitzung des Konflikts zwischen Russland und der Ukraine. Der Ausstieg aus fossiler Energie stellt aber nicht nur eine naturwissenschaftlich-technische Herausforderung dar. Zu klären ist auch, wie die notwendigen Investitionen in die Dekarbonisierung von Mobilität, Stromerzeugung und Raumwärmeversorgung – ebenso wie in die Umstellung industrieller Produktionsprozesse – sichergestellt werden können. Dass der Bedarf erheblich ist, zeigt eine Vielzahl an Kostenschätzungen. Die Europäische Kommission geht derzeit von zusätzlichen Investitionen in Höhe von jährlich rund 350 Milliarden Euro bis 2030 aus. Zur Erreichung weiterer Umweltziele kommen noch einmal rund 130 Milliarden Euro p.a. hinzu. Zusammen entspricht das rund dem Dreifachen des regulären jährlichen EU-Haushalts.

Hier setzen die Maßnahmen der Europäischen Kommission zur Förderung eines nachhaltigen Finanzwesens an. Sie sollen dazu beitragen, dass Investitionen in den Übergang in eine klimaneut-

## 350 Mrd. Euro

an zusätzlichen Investitionen sind laut Europäischer Kommission bis 2030 jährlich notwendig um die Klimaziele zu erreichen.



Foto: Hansbräwmeier/PhotoBay

Damit die Nachhaltigkeit nicht im Strom des Greenwashing untergeht, sind strenge Kriterien für Investitionen nötig.

rale, klimaresiliente, ressourceneffiziente und faire Wirtschaft gelenkt werden – und aktuell auch die nachhaltige Erholung der krisengebeutelten europäischen Wirtschaft unterstützen. Zur Erfassung des energie- und klimapolitischen Kerns des europäischen Grünen Deals spielt dieser Bereich eine nicht zu unterschätzende Rolle, zielt er doch darauf ab, die Informationsbasis im Unternehmenssektor zu verbessern, Transparenz auf den Finanzmärkten zu fördern und damit rationale Entscheidungen der Finanzmarktakteure zu erleichtern. Eine entscheidende Frage ist jedoch, anhand welcher Kriterien die Nachhaltigkeit von wirtschaftlichen Aktivitäten beurteilt wird.

### Nachhaltigkeit im Finanzwesen

Die Vermarktung nachhaltiger Finanzprodukte ist keine Neuigkeit, auch an der Wiener Börse gibt es bereits seit Mitte der 2000er Jahr einen eigenen Nachhaltigkeitsindex. Die Nachfrage nach derartigen Geldanlagen ist in den letzten Jahren stark angestiegen. Allerdings war bisher nicht eindeutig geregelt, wie der Nachhaltigkeitsgedanke in die Finanzwelt zu übersetzen ist. Schon vor einigen Jahren hat die AK in einer Studie genauer unter die Lupe genommen, wie Nachhaltigkeitsaspekte im Bereich unterschiedlicher Anlageformen definiert werden. Dabei zeigte sich, dass die Kategorien

ökologisch, sozial und ethisch durchaus unscharf sind, selbst Ausschlusskriterien wie Kinderarbeit, Rüstung und Glücksspiel werden nicht einheitlich interpretiert. Und wird der sogenannten Best-in-Class-Ansatzes als Anlagestrategie gewählt, bestehen überhaupt keine Einschränkungen, umfasst sind dann schlicht „die Nachhaltigsten“ einer Branche.

Um diesem Markt mehr Struktur zu geben, legte die Europäische Kommission im März 2018 ihren sogenannten Aktionsplan zur Finanzierung nachhaltigen Wachstums vor. Mit dem Aktionsplan sollten Kapitalflüsse in eine nachhaltigere Wirtschaft umgelenkt, Nachhaltigkeitsaspekte im Risikomanagement verankert, sowie Transparenz und Langfristigkeit gefördert werden. Insgesamt wurden zehn Maßnahmen festgelegt, von Normen und Kennzeichen für umweltfreundliche Finanzprodukte über die Berücksichtigung von Nachhaltigkeit in der Finanzberatung bis zur Förderung einer nachhaltigen Unternehmensführung. An prominenter Stelle der legislativen Maßnahmen stand die Einführung eines EU-Klassifikationssystems für nachhaltige Tätigkeiten. ▷

**Investitionen sollen in den Übergang in eine klimaneutrale, klimaresiliente, ressourceneffiziente und faire Wirtschaft gelenkt werden.**



**Florian Wukovitsch** ist Referent für ökologische Ökonomie und Umweltpolitik der Abteilung Umwelt und Verkehr der AK Wien.

Foto: Erwin Schuh



### Ergänzende Taxonomie-Rechtsverordnung

## Ökologisch nachhaltige Atomkraft?

Gewissermaßen als letzte Amtshandlung im Jahr 2021 legte die Europäische Kommission am 31. Dezember den Entwurf für eine Ergänzung der Delegierten Rechtsakte zur Taxonomie-Verordnung vor. Damit schien die Weihnachtsruhe schon vor dem Start des neuen Jahres beendet, der vergleichsweise kompakte Rechtstext birgt nämlich viel politische Sprengkraft. Demnach sollten unter anderem auch folgende Wirtschaftstätigkeiten als ökologisch nachhaltig gelten, wenn sie bestimmte näher definierte Kriterien erfüllen: der Bau neuer Kernkraftwerke; die Stromproduktion und die Erzeugung von Fernwärme/-kälte aus fossilen gasförmigen Brennstoffen. Insbesondere die Frage der Aufnahme von Nuklearenergie spaltete die Mitgliedstaaten. Klar dagegen sprachen sich bereits im Sommer 2021 neben Österreich auch Deutsch-

land, Spanien, Dänemark und Luxemburg aus. In einer ausführlichen Stellungnahme gab Österreich im Jänner 2022 zu bedenken, dass die Erweiterung der Taxonomie eines der wesentlichen Ziele, nämlich Greenwashing zu verhindern, unterwandert. Frankreich und viele der neueren Mitgliedstaaten vertraten hingegen schon im Herbst 2021 die Position, dass Atomkraft zur Lösung der Klimakrise beitragen könne. Anfang Februar 2022 hat die Kommission schließlich die Aufnahme neuer Wirtschaftstätigkeiten in die Taxonomie bestätigt – zumindest Österreich will rechtlich dagegen vorgehen. □

**„Die EU-Kommission hat heute ihr Greenwashing-Programm für die Atomenergie und für fossiles Erdgas beschlossen.“ (Bundesministerin Leonore Gewessler)**

**Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss wird sich mit einer Initiativstellungnahme in die Diskussion zur sozialen Taxonomie einbringen.**

### Taxonomie für ökologische Nachhaltigkeit

Zu dieser Taxonomie wurde Mitte 2020 eine Einigung zwischen Kommission, Rat und Parlament erzielt, knapp darauf trat die Verordnung in Kraft. Demnach müssen Wirtschaftstätigkeiten bzw. Investitionen, die die Kriterien ökologischer Nachhaltigkeit erfüllen, einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung von zumindest einem der folgenden sechs Umweltziele leisten: Klimaschutz, Anpassung an den Klimawandel, nachhaltige Nutzung und Schutz von Wasser- und Meeresressourcen, Übergang zur Kreislaufwirtschaft, Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung sowie Schutz und Wiederherstellung der Biodiversität und der Ökosysteme. Gleichzeitig darf die Wirtschaftstätigkeit kein anderes der genannten Umweltziele erheblich beeinträchtigen. International gültige soziale und arbeitsrechtliche Mindeststandards müssen eingehalten werden.

Mit der Verordnung wurde die Kommission auch damit beauftragt, in delegierten Rechtsakten detaillierte technische Beurteilungskriterien festzulegen. Den Start machte die Klimataxonomie. Gemeinsam mit dem delegierten Rechtsakt zu Klimaschutz und Anpassung hat die Kommission im April 2021 einige Änderungen der Rechtsakte zu treuhänderischen Pflichten und Anlage- und Versicherungsberatung, sowie einen Richtlinienvorschlag zur Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen angenommen.

Letzterer hat besonders weitreichende Auswirkungen: Damit werden die Bestimmungen der Richtlinie über nichtfinanzielle Berichterstattung überarbeitet, mit dem Ziel, Nachhaltigkeitsinformationen von Unternehmen sukzessive den gleichen Stellenwert zu geben wie der Finanzberichterstattung. Einheitliche Standards sollen gewährleisten, dass die erforderlichen Informationen für die Finanzbranche auch tatsächlich verfügbar sind. Der Kreis der umfassten Unternehmen, die zukünftig detailliert über Nachhaltigkeitsaspekte ihrer Geschäftstätigkeit berichten müssen, soll von aktuell rund 11.000 auf knapp 50.000 innerhalb der EU ansteigen.

## Aktuelle Entwicklungen und Fazit

Ein Update des Aktionsplans aus dem Jahr 2018 erfolgte mit der Strategie zur Finanzierung einer nachhaltigen Wirtschaft, die im Juli 2021 gemeinsam mit dem Vorschlag für einen EU-Standard für grüne Anleihen vorgelegt wurde. Vor dem Hintergrund der Ziele des europäischen Grünen Deals thematisiert sie unter anderem die Notwendigkeit der Finanzierung von Zwischenschritten, den Marktzugang von Haushalten und kleinen Unternehmen, einen Bericht zur Sozientaxonomie, die Widerstandsfähigkeit gegenüber Nachhaltigkeitsrisiken und die Förderung globaler Ambitionen für ein nachhaltiges Finanzwesen. Die Aufnahme von Kernenergie und Erdgas als Übergangstechnologien erregte zwischenzeitlich viel Aufmerksamkeit und Protest (siehe Seite 20). Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) fordert außerdem mehr Ambition im Bereich der sozialen Nachhaltigkeit. Er wird sich daher mit einer Initiativstellungnahme in die Diskussion zur sozialen Taxonomie einbringen.

Angesichts des vorrangigen EU-Ziels, dem Pariser Klimaabkommen von 2015 Taten folgen zu lassen, ist die aktuelle Schwerpunktsetzung der Kommission nachvollziehbar. Das Nachhaltigkeitsverständnis der ebenfalls 2015 verabschiedeten UN-Agenda 2030 darf dabei aber nicht aus den Augen geraten. Zwar werden die detaillierten Kriterien zur Beurteilung der sonstigen Umweltziele bald vorgelegt. Um die im europäischen Grünen Deal geforderte Just Transition mit Leben zu füllen, sind aber auch die Interessen der Arbeitnehmer:innen zu berücksichtigen. Das gilt natürlich nicht nur für die Regulierung des Finanzwesens, sondern insgesamt bei der politischen Gestaltung der Transformation. Denn auch wenn das Bestreben, die Finanzmärkte nachhaltiger zu gestalten, einen wesentlichen Beitrag leisten kann: Ohne einen handlungsfähigen öffentlichen Sektor wird die Transformation nicht gelingen. □



## 50.000 Unternehmen

sollen künftig innerhalb der EU detailliert über die Nachhaltigkeit ihrer Geschäftstätigkeit berichten müssen.

Icon: [www.flaticon.com/freepic](http://www.flaticon.com/freepic)

## Die Forderungen der AK

# Das Zukunfts-Szenario

**Zeitlich befristete Halbierung der Mehrwertsteuer auf Energie von derzeit 20 auf 10 Prozent:** Das ist rasch umzusetzen und entspricht auch der Empfehlung der EU-Kommission.

**Deutliche Erhöhung der Heizkostenzuschüsse der Bundesländer:** Dies ist bisher kaum geschehen.

**Das Recht auf Grundversorgung mit Energie stärken und verstärkt kommunizieren:** Gegen Hinterlegung einer Sicherheitsleistung in Höhe einer monatlichen Teilzahlungsrate ist jeder Lieferant verpflichtet, Konsument:innen weiterhin mit Energie zu beliefern.

**Rasche Umsetzung des Energie- und Klimahilfsfonds:** Dieser soll energiearme Haushalte umfassend bei der Energiewende unterstützen.

**„Windfall-Profits“ abschöpfen und umverteilen:** Die Internationale Energieagentur schätzt die Überschussgewinne, die Unternehmen aufgrund der hohen Energiepreise erzielen, in der EU auf rund 200 Mrd. Euro und schlägt vor, diese zu besteuern und an die Energiekonsument:innen umzuverteilen. Höhere Dividenden aufgrund der Energiepreissteigerungen sollten für Maßnahmen zur Eindämmung der negativen sozialen Auswirkungen zweckgewidmet werden.

**Konsument:innenfreundliche Standardtarife sowie Evaluierung einer Regulierung der Tarife:** Jeder Energieversorger sollte einen stabilen, verlässlichen Energiepreis anbieten müssen. Aufgrund der stark steigenden Energiepreise sollte auch eine Deckelung dieser in Erwägung gezogen werden, vor allem für gefährdete vulnerable Haushalte.

**Deutliche Aufstockung der Mittel der Unterstützungsfonds der Energieversorger:** Damit ist Kund:innen, die von Energiearmut betroffen sind, oder ihre Energierechnungen nicht mehr bezahlen können, rasch und unbürokratisch geholfen.

**Preistransparenz & Überwachung der Energiemärkte:** Eine tiefgehende Überprüfung der Energiebörsen ist notwendig, damit die Energiepreise nicht noch zusätzlich durch Spekulant:innen in die Höhe getrieben werden.

**Erneuerbares Wärmegesetz und Energieeffizienzgesetz rasch umsetzen:** Das geplante Erneuerbare Wärmegesetz (EWG) ist Grundlage für den Ausstieg aus Öl und Gas in der Raumwärme. Parallel dazu muss dringend das neue Energieeffizienzgesetz auf den Weg gebracht werden. □



### Kurzgefasst

Im Schatten der viel diskutierten österreichischen Kfz-Industrie gedeiht hierzulande die Bahnindustrie mit rund 10.000 Beschäftigten, 3,1 Milliarden Euro Umsatz und einer Exportquote von 64 Prozent. Ein Leitunternehmen dieser ist die Siemens Mobility GmbH mit Standorten in Graz und Simmering. Trotz starker internationaler Konkurrenz wird die Zukunft positiv gesehen.

# Die Nachtzugbauer aus Simmering

Über viele Jahre hinweg war ein Niedergang der Nachtzüge in Europa zu beobachten. Jetzt starten die ÖBB durch und bestellen neue Garnituren. Gebaut werden sie von Siemens am Standort Simmering. VON HEINZ HÖGELSBERGER

Die Bahnindustrie ist in Österreich beinahe so alt wie das Eisenbahnwesen selbst. So wurde in Wien Leopoldstadt 1846 der erste Güterwaggon gebaut. Sechs Jahre später übersiedelte die Produktion an den derzeitigen Standort nach Simmering. Fast zeitgleich entstand in Graz die „k.k. privilegierte Wagenfabrik Johann Weitzer“.

### In Summe ist die Mobilitätswende eine Riesenchance. (R. Feistritzer)

Das sind die Ursprünge von Simmering-Graz-Pauker (SGP). Das Unternehmen entstand im Kriegsjahr 1941 unter der Leitung der Reichswerke „Hermann Göring“ durch die Fusion der Simmeringer und Grazer Waggonbau-AG mit den Paukerwerken und wurde Teil der Kriegsmaschinerie der Nationalsozialisten. So befand sich in der Geiselbergstraße 29 von 1943 bis 1944 das „Lager Waggonfabrik“, wo Zwangsarbeiter des Simme-

ringer Werkes festgehalten wurden. Durch Bombardements kam es gegen Kriegsende zu großen Schäden an den Betriebsstandorten.

### Von den Anfängen zu Simmering-Graz-Pauker

Am 26. Juli 1946 wurde im österreichischen Nationalrat einstimmig von SPÖ, ÖVP und KPÖ die Verstaatlichung von drei Großbanken, sowie der Grundstoff- und Maschinenbauindustrie beschlossen. Dazu gehörte auch Simmering-Graz-Pauker. Zwei Gründe waren für diese weitgehenden Verstaatlichungen ausschlaggebend:

- Die Nachkriegszeit war durch einen Mangel an Privatkapital gekennzeichnet. Daher entschied man pragmatisch, den in der Nazizeit begonnenen Ausbau der Industrie mit staatlichen Geldern fort-

zusetzen bzw. die kriegsbedingten Zerstörungen an Fabriken zu beseitigen.

- Es herrschte gesellschaftspolitischer Konsens, dass die Schlüsselindustrien nicht privaten Gewinninteressen überlassen werden sollten. So bezeichnete der SPÖ-Abgeordnete Anton Proksch als Berichterstatter das Gesetz als „ein erster Schritt, ja nur ein Anfang zu einer neuen Wirtschafts- und Gesellschaftsform“. Nie wieder sollten die Firmen „Profitinteressen einzelner Unternehmer oder gar gänzlich unbeteiligter Aktionäre dienen“, so Proksch.

Nach dem Zweiten Weltkrieg baute SGP ein weit verzweigtes internationales Netz von Filialen mit mehreren tausend Mitarbeiter:innen auf. 1958 wurde die traditionsreiche Lokomotivfabrik Floridsdorf übernommen. Die Firma entwickelte sich zum führenden Maschinenbauunternehmen in Österreich. Der Großteil des Rollmaterials (Lokomotiven, Schnellbahnzüge und Reisewaggons) der ÖBB wurde in dieser Zeit von SGP gebaut. Aber auch die Wiener U-Bahngarnituren und die meisten Straßenbahnen stammen aus deren Produktion. Die letzte Entwicklung von Simmering-Graz-Pauker war die „ULF“-Straßenbahn für Wien. Hierzulande sind noch viele Fahrzeuge unterwegs, auf denen das SGP-Logo zu finden ist.

### Siemens Mobility

Im Zuge der neoliberalen Privatisierungen wurde der Bahnbereich von Simmering-Graz-Pauker Anfang der 1990er-Jahre in Raten an Siemens verkauft. Nach mehreren Umbenennungen firmiert das Unternehmen nun als Siemens Mobility. Das Werk in Graz wurde zum Kompetenzzentrum für Fahrwerke und Stromabnehmer ausgebaut. Rund 1.100 Mitarbeiter:innen produzieren hier die Drehgestelle für alle Siemens-Schienenfahrzeuge. In der jüngeren Vergangenheit wechselten übrigens einige Beschäftigte der Kfz-Unternehmen AVL List und Magna zu Siemens. Die Mobilitätswende vollzieht sich – jedenfalls in Einzelfällen – also auch schon am Arbeitsmarkt.



**20%**

Unter den 405 Lehrlingen wird ein Frauenanteil von 20 Prozent angestrebt.

Icon: flaticon.com/Ayub Irawan

Der Standort in Simmering trägt die weltweite Verantwortung für das Geschäft des Siemens-Konzerns für Metros, Straßenbahnen, Reisezugwagen und vollautomatische People Mover. Rund 1.300 Beschäftigte bauen aktuell Garnituren für die Wiener, Londoner und Nürnberger U-Bahn und die ÖBB-Nachtzüge; insgesamt rund 450 Fahrzeuge pro Jahr. Außerdem werden an beiden Standorten Schienenfahrzeuge entwickelt, die in anderen Werken produziert werden. So wurden die bisherigen Railjets in Siemenswerken vorgefertigt und dann in der ÖBB-Werkstätte in Simmering zusammengebaut. Ähnliches bei den Schnellbahngarnituren Desiro ML: Erst im Jänner 2022 lieferte das ÖBB-Werk Jedlersdorf den 200. Siemens-Cityjet aus.

Siemens Mobility erwirtschaftet in Österreich einen jährlichen Umsatz von rund einer Milliarde Euro, die Zahl der Beschäftigten steigt kontinuierlich an. Das Management strebt unter den 405 Lehrlingen einen Frauenanteil von 20 Prozent an. Zentralbetriebsrats-Vorsitzender Roland Feistritzer bezeichnet deren Ausbildung als vorbildlich. Trotzdem sei es schwierig, Fachleute zu finden. Das größte Problem sieht er jedoch in der scharfen Konkurrenz. Chinesische Bahnproduzenten drängen mit Billigangeboten auf den europäischen Markt. Aber auch durch den Zusammenschluss von Bombardier und Alstom ist ein mächtiger Mitbewerber entstanden. „Es herrscht großer Preis- und Termindruck und das schlägt voll auf die Beschäftigten durch. Denn ein Großauftrag läuft wie eine Welle durch alle Abteilungen des Werkes; von der Angebotserstellung bis zu Produktion“, so der Betriebsrat.

Arbeit sei jedenfalls genug da. Die Auslastung verlaufe immer langfristig und oft antizyklisch. Er erwähnt nicht ohne Stolz, dass die Lieferketten nie abgerissen sind. Das Werk sei ohne Kurzarbeit durch die Pandemie gekommen. Das Management geht von einem mittel- und langfristig positiven Marktumfeld aus. Globale Megatrends – wie Bevölkerungszunahme, Wachstum der Städte, sowie die Dekarbonisierung – seien mit dem herkömmlichen Pkw-Verkehr nicht zu bewältigen. Dagegen biete der umweltfreundliche Schienenverkehr nachhaltige Lösungen in allen Bereichen an: von Straßenbahn, U-Bahn, Intercity- bis hin zu Hochgeschwindigkeitszügen. Dem stimmt Betriebsrat Roland Feistritzer zu: „In Summe ist die Mobilitätswende eine Riesenchance“. □



**Heinz Högelsberger** ist Erdwissenschaftler und Mitarbeiter der Abteilung Umwelt und Verkehr der AK Wien.

Foto: Erwin Schuh

**Es herrscht großer Preis- und Termindruck und das schlägt voll auf die Beschäftigten durch. (R. Feistritzer)**

# Torf im Pflanzenbeet? Sicher nicht!

Die Gartensaison starten viele Hobbygärtner:innen mit einem großen Sack Blumenerde. Eines sollte in diesem Sack auf gar keinen Fall drin sein: Torf! Als Alternative dazu empfiehlt DIE UMWELTBERATUNG torffreie Pflanzerde. Sie schützt nicht nur die Moore sondern auch das Klima. VON BJÖRN SCHOAS

Im Frühling wird in den Gärten, auf den Balkonen und in den Blumenkisterln vor den Fenstern eifrig gebuddelt. Und in den Gartencentern und Supermärkten stapelt sich die Erde für die Gartenfreuden. Einfach den nächstbesten Sack zu nehmen, empfiehlt sich nicht, denn es gibt große Unterschiede. Einen ganz entscheidenden Unterschied für die Umwelt macht es, ob die Blumenerde Torf enthält oder torffrei ist.

Der Großteil der handelsüblichen Blumenerde besteht zu fast 90 Prozent aus Hochmoortorf. Torf besteht aus Pflanzenresten, die sich über tausende von Jahren abgelagert haben. Die Torfschicht wächst nur ca. 1 Millimeter pro Jahr. Was also über rund 10.000 Jahre Millimeter für Millimeter gewachsen ist, wird beim Torfabbau in kürzester Zeit ruiniert. Das Moor kann sich nicht regenerieren und ist unwiederbringlich zerstört. Die speziellen Tier- und Pflanzenarten, die dort vorkommen, verlieren durch den Torfabbau ihren Lebensraum.

Zudem sind Moore große Kohlenstoffspeicher. Obwohl sie nur 3 Prozent der Erdoberfläche ausmachen, binden sie ein Drittel des terrestrischen Kohlenstoffs, das ist mehr als alle Wälder der Welt zusammen. Die Zerstörung der Moore durch Torfabbau trägt also stark zum Klimawandel bei.

## Torffrei ist besser als torf reduziert

Es gibt gute, klimaschonende Alternativen: torffreie Substrate. Für diese Erden muss kein Torf abgebaut werden, dadurch bleiben einmalige Moorlandschaften mit seltenen Pflanzen- und Tierarten erhalten. Als Torfersatz werden diesen Erden Holzspäne, Kokosfasern, Rindenumus, Holzfasern

oder Kompost beigelegt – diese dienen in erster Linie der Wasserspeicherfähigkeit des Substrates.

Garantiert torffrei sind Erden, die mit dem Gütesiegel „biologisch gärtner“ oder dem Österreichischen Umweltzeichen gekennzeichnet sind. Sie entsprechen strengen Kriterien. Auch die Erde „GUTER GRUND“, die in Wien auf den Mistplätzen der MA 48 erhältlich ist, ist torffrei und mit dem Österreichischen Umweltzeichen ausgezeichnet.

Torfreduzierte Erden sind keine wirklichen Alternativen, weil sie oft noch einen erheblichen Anteil an Torf enthalten. Die Angabe der Inhaltsstoffe auf der Verpackung gibt darüber Auskunft. Achtung auch bei Erde, die als „Bio-Erde“ bezeichnet wird. Die Bezeichnung „Bio“ für Blumenerde ist gesetzlich nämlich nicht geregelt. Diese Erde kann, muss aber nicht torffrei sein! Sofern nicht explizit das Wort „torffrei“ auf der Verpackung genannt ist, unbedingt nachfragen oder nachlesen, ob Torf enthalten ist.

## Blumenerden im Test

2021 wurden Blumenerden im Auftrag des Konsumentenschutzes der Arbeiterkammer Oberösterreich zweifach getestet: Bei einem Wachstumstest untersuchte DIE UMWELTBERATUNG, wie kräftig und gesund sich die Jungpflanzen in den jeweiligen Erden entwickeln. Das Labor der österreichischen

**Torf gehört ins Moor und nicht ins Blumenbeet. Torffreie Erde ist die bessere Wahl fürs Klima und schützt Moore vor Zerstörung.**



## Torffrei

Erden, die mit „biologisch gärtner“ gekennzeichnet sind, enthalten garantiert keinen Torf.



Foto: Sophie Jäger-Katzmann, DIE UMWELTBERATUNG

Anzuchttest der AK Oberösterreich und der UMWELTBERATUNG mit aussagekräftigen Resultaten.

Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit (AGES) prüfte die Erden auf die verfügbaren Nährstoffe, Schwermetalle, krankheitserregende Keime und den Anteil von unerwünschten Fremdstoffen. Von 13 Produkten erhielten vier Produkte die Note „Sehr gut“, auch eine torffreie Erde war unter den Testsiegern. Sechs Produkte fielen beim Test durch.

In einem anderen Versuch testete die Versuchsstation für Spezialkulturen in Wies (Steiermark) zehn torffreie Erden mit dem Gütesiegel „biologisch gärtner“ auf ihre Gebrauchstauglichkeit. Für diesen Versuch wurden Tomaten, Chili und Basilikum in Pflanzgefäßen gepflanzt und im Freiland aufgestellt. Die Substrate bekamen keine zusätzliche Startdüngung und wurden erst bei Bedarf nachgedüngt. Drei Substrate erwiesen sich als besonders geeignet für diese Kulturen: die Empfänger Premium Bio Hochbeeterde, Bio Tomaten- und Gemüseerde von Sonnenerde und Die Österreichische Gärtnererde – Bio torffreie Pflanzerde von Kranzinger. Alle drei Substrate mussten nicht nachgedüngt werden. Die Versuchsstation für Spezialkulturen in Wies arbeitete dabei mit DIE UMWELTBERATUNG und Easy Cert Services Betriebsmittelbewertung zusammen.

### Organisch düngen

Wichtig ist es, beim Kauf die Erde zu wählen, die für die geplante Kultur geeignet ist, also z. B. Kräutererde für das Anpflanzen von Kräutern. Torffreie Erden haben je nach Zusammensetzung unterschiedliche Eigenschaften und müssen unterschiedlich mit organischem Dünger versorgt werden – auch je nachdem, ob die darin wachsenden Pflanzen zu den starkzehrenden oder schwachzehrenden Pflanzen gehören.

Organische Langzeitdünger wie Schafwolle oder Hornspäne sorgen für eine gleichmäßige Versorgung der Pflanzen über die gesamte Wachstumsperiode, da die Nährstoffe nach und nach freigesetzt werden.

Torffreie Erden sind meist gröber strukturiert als konventionelle Erden und speichern Wasser und Nährstoffe nicht so konstant wie torfhaltige Produkte. An der Oberfläche sehen diese Substrate oft trocken aus, obwohl sie darunter eventuell noch feucht sind. Durch die Fingerprobe kann geprüft werden, ob das Substrat unter der obersten trockenen Schicht noch feucht ist. Dabei den Finger ca. 3 Zentimeter in die Erde bohren, um zu fühlen, ob sich unter der Oberfläche noch Feuchtigkeit befindet. □

### Kurzgefasst

Wer umweltbewusst gärt, greift zur Blumenerde mit der Aufschrift „torffreie“. Das schützt die Moore und ist besser fürs Klima. Bei der Auswahl der Blumenerden helfen Tests und die Gütesiegel „biologisch gärtner“ und Österreichisches Umweltzeichen. Informationen zu torffreier Erde und viele Praxistipps zum biologischen Gärtnern bietet DIE UMWELTBERATUNG auf [www.umweltberatung.at](http://www.umweltberatung.at).



**Björn Schoas** ist Gartenexperte von DIE UMWELTBERATUNG und hat bei den Blumenertentests mitgearbeitet.

Foto: Monika Kupka, DIE UMWELTBERATUNG

# Ökologisierung der Lkw-Maut mit Fragezeichen

Nach fünf Jahren Verhandlungen einigte sich die EU auf eine neue Wegekostenrichtlinie, mit der die Mitgliedstaaten die Maut für klimafreundliche Lkw besserstellen müssen. Das wird jedoch nicht den Rückgang des Lkw-Transits oder seine Verlagerung auf die Schiene bedeuten, sehr zum Leidwesen Österreichs. VON PETER HILPOLD UND FRANZ GREIL

## Kurzgefasst

Die neue Wegekostenrichtlinie bestimmt die Grundregeln für die Lkw-Maut auf Autobahnen in der EU. Künftig sollen klimafreundliche Lkw weniger bezahlen als jene mit Diesel-Motor. Dennoch stimmte Österreich gegen die Richtlinie, weil mit ihr der steigende Lkw-Verkehr nicht eingebremst wird und es zu keiner Verlagerung auf die Schiene kommt.

Besonders grün waren sich Österreich und die EU beim Thema Verkehr noch nie. Es begann 1992 mit dem Transitabkommen und den Ökopunkten, reichte über unzählige „Transitgipfel“ sowie Verfahren beim Europäischen Gerichtshof und wird bis heute über Tiroler Lkw-Fahrverbote fortgesetzt. Während Österreich auch auf Lkw-Beschränkungen und eine amtlich verordnete Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene setzt, vertraut die EU auf den Markt und die Preisgestaltung zur Lösung von Umweltbelastungen.

## Lkw-Maut kann künftig öffentlichen Verkehr mitfinanzieren

Im Februar 2022 kam ein neuer Meilenstein hinzu: Nach fünf Jahren Verhandlungen einigte man sich in der EU auf neue Mautvorschriften, die den Lkw-Verkehr klimafitter machen sollen. Zentrale Neuerung ist das CO<sub>2</sub>-Element: Wenn Mitgliedstaaten künftig Lkw-Maut einheben, muss dies nach CO<sub>2</sub>-Gesichtspunkten erfolgen. Batterie- oder Brennstoffzellen-Lkw müssen somit bei der Maut gegenüber Diesel-Lkw bessergestellt werden, indem sie entweder weniger Maut für die Infrastrukturbenützung bezahlen, oder niedrigere CO<sub>2</sub>-Aufschläge zusätzlich zu dieser Maut („100 Prozent + Zuschlag“) zu leisten haben. Letzteres hat den Vorteil, dass nicht nur klimafreundliche Lkw gefördert werden, sondern auch die gesamten Mauteinnahmen nicht sinken.

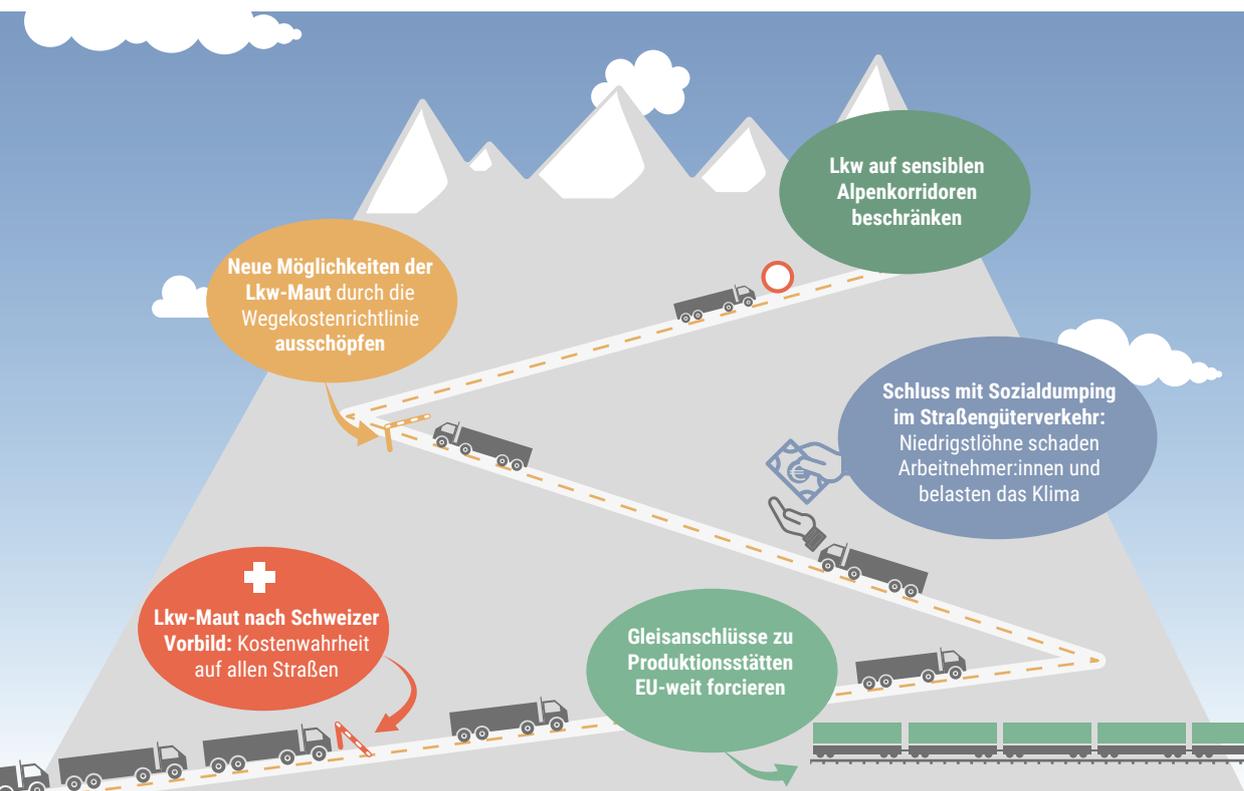
Da die neuen Vorschriften das Verursacherprinzip stärker berücksichtigen sollen, müssen nicht verursachergerechte Zeitmauten (Vignetten) für Lkw spätestens bis zum Jahr 2030 in fahrleistungsabhängige Mauttarife umgewandelt werden. Das be-

deutet für einige EU-Länder eine Zäsur. Darüber hinaus müssen die Mitgliedstaaten ab 2026 Zuschläge für die Folgekosten durch Lärm und Luftverschmutzung einheben, und deren bislang geltenden Maximalsätze werden angehoben.

Da der Verkehr schneller wächst als er durch den Bau neuer Autobahnen gedeckt werden könnte, sieht die Richtlinie umfangreichere Möglichkeiten zur Querfinanzierung vor. Demnach können in Zukunft Mitgliedstaaten fünfzehn Prozent auf die Maut aufschlagen, wenn dieses Geld zur Verkehrsentslastung der Autobahn eingesetzt wird. Laut ersten Schätzungen kann dies für Österreich Mehreinnahmen von 200 Millionen Euro bedeuten, um damit umweltfreundliche Verkehrsmaßnahmen zu finanzieren, zum Beispiel den Ausbau und die Finanzierung des öffentlichen Verkehrs.

Geändert werden auch die Voraussetzungen für den „Bergzuschlag“, mit dem parallel verlaufende Verkehrsprojekte von europäischem Interesse querfinanziert werden können. Dieser beträgt derzeit 25 Prozent und wird bislang nur in Tirol eingehoben, um den Bau des Brennerbasistunnels mitzufinanzieren. Gemäß der neuen Richtlinie kann er zukünftig 50 Prozent betragen. Allerdings wird für diese Erhöhung den Nachbarländern ein Vetorecht eingeräumt, von welchem angesichts des Dauerstreits Österreichs mit Deutschland und Italien wohl auch Gebrauch gemacht werden wird.

Gleichzeitig finden sich in der neuen Richtlinie eine Reihe von Schlupflöchern für jene Mitgliedstaaten, die dem Lkw-Verkehr weiterhin günstige Rahmenbedingungen bieten wollen. Die Mitgliedstaaten sind weiterhin nicht verpflichtet, eine kostendeckende Maut überhaupt einzuheben. Private



Die AK fordert umfangreiche Maßnahmen zu mehr Kostenwahrheit im Güterverkehr.

Autobahnbetreiber, wie wir sie in Südeuropa häufig vorfinden, müssen bei bestehenden Konzessionsverträgen keine Umwelthanreize bei ihren Mauttarifen setzen.

### Österreich gegen den Rest Europas

Warum blieben Österreich im EU-Rat sowie parteiübergreifend alle österreichischen Abgeordneten des EU-Parlaments in der überschaubaren Minderheit, als sie gegen die Richtlinie stimmten? Es ist das unbestrittene Ziel der österreichischen Verkehrspolitik, den Güterverkehr von der Straße auf die Schiene zu verlagern. Die Wegekostenrichtlinie setzt es sich allerdings nicht zum Ziel, den Lkw-Verkehr mengenmäßig zu beschränken oder zu einer Verkehrsverlagerung beizutragen. Vielmehr will sie Anreize für einen sauberen Straßengüterverkehr im Rahmen des freien Warenverkehrs setzen. Zentrale Bestimmung bleibt weiterhin, dass sich die Mauttarife an den Bau- und Betriebskosten zu orientieren haben. Mitgliedstaaten können die Mauthöhe somit nicht frei festlegen. Dies wäre jedoch notwendig, um sie als verkehrslenkendes Instrument einset-

zen zu können. Es kann sogar dazu führen, dass Mitgliedstaaten die Maut senken müssten, wenn es zu einer Verkehrszunahme bei gleichbleibenden Kosten kommt.

Wenig hilfreich für die Verkehrsverlagerung ist es auch, wenn CO<sub>2</sub>-freie Lkw künftig eine reduzierte Maut für Infrastrukturkosten leisten müssen. Dieser zentrale Kritikpunkt Österreichs bei den Verhandlungen in Brüssel wurde jedoch zum Bumerang, da Österreich auf nationaler Ebene genau dieselbe Besserstellung CO<sub>2</sub>-freier Lkw in der Mauttarifverordnung vorsieht.

### Was tun gegen die Transitbelastung in Tirol?

Die Daten der ASFINAG zeigen, dass die aktuellen Lkw-Zahlen auf der Brennerautobahn trotz Pandemie kaum niedriger sind als im Rekordjahr 2019. Eine aktuelle Analyse des Landes Tirol für 2019 belegt zudem, dass 32 Prozent der Lkw-Fahrten über den Brenner einen kürzeren Weg durch die Schweiz nehmen könnten. Die längere Strecke durch Tirol ist aber günstiger: Während ein 5-achsiger Diesel-Lkw der saubersten Kategorie durch Tirol im Durchschnitt etwa 77 Cent pro Kilometer zahlen muss, sind es in der Schweiz 91 Cent pro Kilometer. Da das Schweizer Teilstück bei der Route über den Gotthard jedenfalls knapp 300 km ▷

## 74,4 Prozent

haben die Treibhausgase im Verkehr von 1990 bis 2019 zugelegt



**Peter Hilpold** ist Geograph und Referent im Brüsseler Büro der Bundesarbeitskammer.

Foto: AK Europa



**Franz Greil** ist Mitarbeiter der Abteilung Umwelt & Verkehr der AK Wien.

Foto: Erwin Schuh

**Eine Korridormaut auf dem Brenner könnte den Transit bremsen, scheitert aber an Deutschland und Italien.**



beträgt, das österreichische Teilstück über den Brenner aber gerade einmal 109 km lang ist, wird die Differenz noch größer. Erschwerend kommt hinzu, dass die Mineralölsteuer in der Schweiz mehr als doppelt so hoch ist wie in Österreich.

Da sowohl in Deutschland als auch in Italien das Mauttarifniveau für denselben Lkw bei etwa 20 Cent pro Kilometer liegt, könnte Österreich die Maut auf dem kurzen Autobahnteilstück durch Tirol auch unter vollständiger Nutzung des Spielraums durch die neue Wegekostenrichtlinie nicht so hoch ansetzen, dass die Fahrt durch die Schweiz günstiger würde. Somit braucht es für den gesamten Brennerkorridor eine tariflich mit Deutschland und Italien abgestimmte höhere Maut, die auch die deutsche und italienische Autobahn umfasst. Diese sogenannte „Korridormaut“ wäre auch bisher schon rechtlich möglich gewesen, doch fehlte es am politischen Willen in Deutschland und Italien.

### **Löst der Brennerbasistunnel Tirols Verkehrsprobleme?**

Die Tiroler Antwort auf die Frage, wie das Transitproblem zu lösen ist, ist seit Jahrzehnten der Brennerbasistunnel (BBT): Dieser 55 km lange zweigleisige Eisenbahntunnel zwischen Innsbruck und Franzensfeste (Südtirol) soll ab 2032 die notwendigen Schienenkapazitäten schaffen,

um die langersehnte Verkehrsverlagerung möglich zu machen. Weiterhin unklar ist, wie dieser Tunnel für eine Verkehrsverlagerung sorgen kann, da der Lkw-Verkehr auch in absehbarer Zukunft günstiger sein wird. Naheliegender wären Lkw-Fahrverbote, die mit dem freien Warenverkehr der EU bislang aber unvereinbar waren. Hier muss die EU eine Antwort liefern, damit der Tunnel nicht zum Milliardengrab europäischer Fördergelder wird. Als Warnung dient der 2016 fertiggestellte Gotthardbasistunnel für den Schienenverkehr in der Schweiz, der bislang nicht den erhofften Verlagerungseffekt brachte.

Fest steht, dass es einer Art der Kontingentierung auf der Straße bedarf, um die Auslastung des BBT sicherzustellen. Ein ermutigendes Beispiel hierfür ist die Blockabfertigung, die die Tiroler Landesregierung 2017 einführte. Darunter ist ein Dosiersystem an der deutsch-österreichischen Grenze zu verstehen, mit dem nur ca. fünf Lkw pro Minute die Weiterfahrt erlaubt wird, um an verkehrsreichen Tagen Staus auf der Inntalautobahn zu vermeiden. Auch das Verbot des Lkw-Transports bestimmter unverderblicher Güter durch Tirol („sektorales Fahrverbot“) wäre ein taugliches Mittel, wenn es nicht durch großzügige Ausnahmen für neuere Lkw abgeschwächt worden wäre. Genau diese Abschwächung war jedoch Voraussetzung, um vor

dem Europäischen Gerichtshof zu bestehen. Ruhig wurde es hingegen um die Umsetzung einer Alpen-transitbörse, die den alpenquerenden Lkw-Verkehr mengenmäßig beschränken sollte.

### Der Weg zum klimaneutralen Güterverkehr

Es braucht ein Bündel an Maßnahmen, um den Güterverkehr in Europa klimaneutral zu gestalten. Klimafitte Lkw sind bestenfalls nur Teil der Lösung, weil die Produktion von erneuerbarem Strom in absehbarer Zeit nicht ausreichen wird, den Güterverkehr auf batteriebetriebene Lkw umzustellen. Damit die Verlagerung auf die Schiene Realität wird, muss das Schienenangebot sowie die Zugänglichkeit des Netzes direkt zu den Produktionsstätten massiv verbessert werden. So haben große Länder wie Deutschland, Italien und Frankreich schlichtweg vergessen, Unternehmen mit Anschlussgleisen anzubinden. Während Österreich nicht zuletzt wegen geförderter Gleisanschlüsse zu Unternehmen rund 30 Prozent aller Tonnenkilometer auf die Schiene bringt, ist der Anteil in diesen Ländern bei 15 Prozent. Konkrete Verlagerungsprojekte, vor allem Gü-

terterminale und Anschlussgleise zu Produktionsstätten, wären also längst EU-weit angesagt.

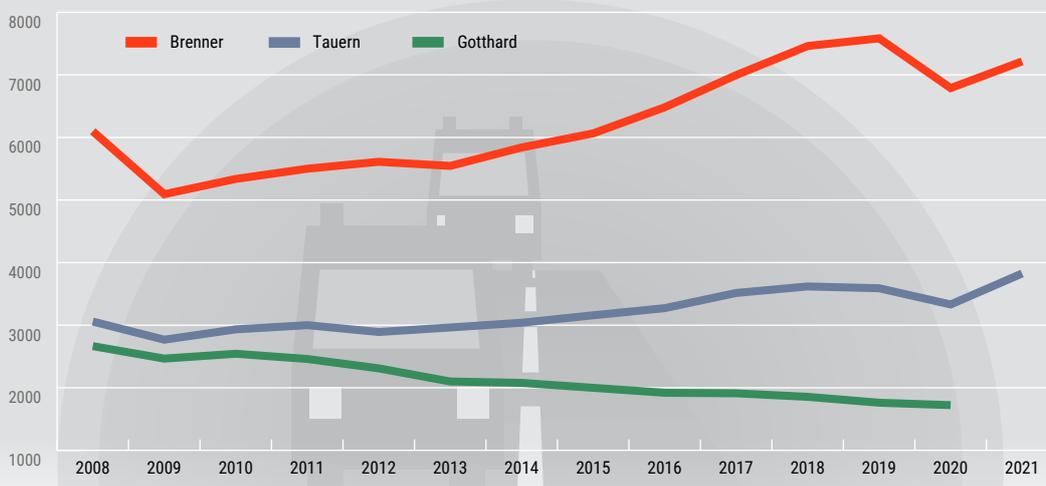
Aufgrund der fehlenden Kostenwahrheit ist der Straßenverkehr weiterhin viel zu billig. Grund dafür ist das Sozialdumping, das bei Lkw-Lenker:innen so stark verbreitet ist wie bei kaum einer anderen Branche. Würden Arbeitszeiten gerecht entlohnt und Sozialbestimmungen korrekt eingehalten, müssten laut AK-Studie grenzüberschreitende Lkw-Fahrten im Durchschnitt um mindestens 20 Prozent teurer sein. Kaum Beachtung findet auch der Umstand, dass Lkw nur auf Autobahnen mautpflichtig sind, obwohl sie natürlich auch auf Landes- und Gemeindestraßen fahren. Die Schweiz ist das einzige Land in Europa, das Maut für jeden Lkw-Straßenkilometer einhebt und wohl auch deshalb am meisten Güter auf der Schiene befördert, während auf Österreichs Nebenstraßen die Zahl der Lkw-Mautflüchtlinge immer größer wird. □

**Die Eurovignettenrichtlinie hat das Ziel, den Lkw-Verkehr sauberer zu machen, jedoch nicht, ihn auf die Schiene zu verlagern.**

## Starke Lkw-Zunahme auf Österreichs Autobahnen

Nach der Wirtschaftskrise 2008 stieg die Zahl an Lkw am Brenner und auf der Tauernstrecke stetig an und erreichte 2019 den bisherigen Höhepunkt. Mit der Coronakrise sank die Zahl der Lkw auf der Brennerautobahn, 2021 waren aber wieder mehr Lkw unterwegs als 2017. Auf der Tauernautobahn wurden 2021

bereits deutlich mehr Lkw registriert als vor der Pandemie. Anders sind die Zahlen am Schweizer Gotthardtunnel, wo die Lkw-Zahlen seit 2008 konstant rückläufig sind. Während das Lkw-Aufkommen 2008 nur etwa 10 Prozent niedriger war als auf der Tauernstrecke, machte es 2020 nur mehr etwa die Hälfte aus.



Lkw-Fahrten pro Tag an Alpenübergängen in Österreich und in der Schweiz.

# Abgasmanipulation und Mautbetrug mit Lkw

Moderne Abgastechnik in Lkw reduziert gefährliche Stickoxide. Was aber passiert, wenn Frächter auf Kosten der Umwelt und Gesundheit sparen wollen? Eine AK-Studie deckt die erschreckenden Ausmaße auf Autobahnen auf und fordert wirksame Kontrollen. VON FRANZ GREIL



**Friedrich, A.; Annan, S.; Helmerich, R. (2020): Abgasmanipulation und Mautbetrug durch Lkw – Wie sauber sind Lkw wirklich?**

(Informationen zur Umweltpolitik, 205)

AK Wien

Die Studie kann bei [uvsek@ak-wien.at](mailto:uvsek@ak-wien.at) bestellt oder auf <https://wien.arbeiterkammer.at/service/studien/InformationenzurUmweltpolitik/index.html> abgerufen werden.

Moderne Lkw müssen Grenzwerte für Stickoxide nicht nur bei der Typenprüfung, sondern auch im realen Fahrbetrieb auf der Straße einhalten. Das funktioniert durch einen Katalysator, der mit einer flüssigen Harnstofflösung (AdBlue) Stickoxide reduziert. Ein computergesteuertes Diagnosesystem (OBD) im Lkw überwacht dabei den Grenzwert und schaltet den Motor automatisch auf 20 km/h herunter, wenn die Abgastechnik defekt ist. Konkret geht es hier um Lkw in den Schadstoffklassen EURO V und VI, die für knapp neunzig Prozent aller gefahrenen Kilometer auf österreichischen Autobahnen verantwortlich sind.

Trotzdem haben sich im Straßengüterverkehr besorgniserregende Geschäftspraktiken bei Abgasmanipulationen etabliert. Grund hierfür sind die Betriebskosten für AdBlue, die bei einer durchschnittlichen Lkw-Fahrleistung rund 2.000 Euro pro Jahr betragen. Durch Verschleiß an Teilen der Abgasvorrichtung, etwa Einspritzdüsen, können auch teure Reparaturkosten anfallen. Daher kommt illegale Software („Emulatoren“) zum Einsatz, die dem OBD einen ordnungsgemäßen Betrieb der Abgasvorrichtung vortäuscht.

Die AK-Studie „Abgasmanipulation und Mautbetrug durch Lkw – Wie sauber sind Lkw wirklich?“ führte Abgasmessungen auf Autobahnabschnitten der A 2 (Südautobahn), A 4 (Ostautobahn) und S 1 (Wiener Außenring-Schnellstraße) durch. In Zusammenarbeit mit der Wiener Polizei fuhr dabei ein Messwagen der Deutschen Umwelthilfe, mit einer Messsonde an der Fahrzeugfront, in der Abgasfahne von Lkw hinterher. Im Oktober 2020 wurden zur Absicherung der Messergebnisse

auch Messungen auf deutschen und slowakischen Autobahnen unternommen.

Die Ergebnisse sind bedenklich: Ein Drittel aller Lkw mit Schadstoffnorm EURO VI überschritt den Grenzwert auch unter Berücksichtigung einer „Toleranzmarge“. Bei älteren Lkw der Schadstoffnorm EURO V waren es sogar die Hälfte. Werden diese Ergebnisse auf das Lkw-Aufkommen auf österreichischen Autobahnen hochgerechnet, ergeben sich folgende Konsequenzen:

- Schon relativ wenige abgasmanipulierte Lkw können die Gesamtemissionen auf Autobahnen drastisch erhöhen. Lkw der Schadstoffklassen EURO V und VI, die den  $\text{NO}_x$ -Schwellenwert überschreiten, verursachen eine Verdopplung der  $\text{NO}_x$ -Emissionen der gesamten Lkw-Flotte auf der Autobahn.
- Abgasmanipulation ist auch Mautbetrug in großem Ausmaß. Denn moderne Lkw der Schadstoffnormen EURO V und VI bekommen Mautvergünstigungen, weil sie die Umwelt und die Gesundheit der Menschen weniger belasten. Für das Mautaufkommen auf Autobahnen bedeutet das, dass im Jahr 2020 an 61,5 Millionen Euro an Mautgeldern geprellt wurden, weil die abgasmanipulierten Lkw die Emissionsgrenzwerte gemäß

**Die österreichische Exekutive und die ASFINAG brauchen Mittel und Messgeräte um abgasmanipulierte Lkw dingfest machen zu können.**

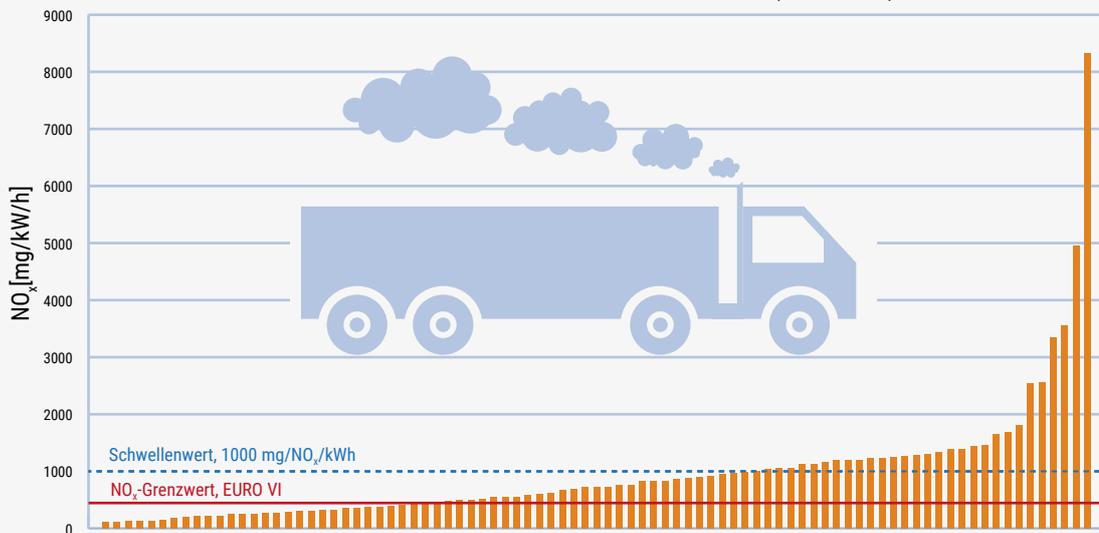


**61,5 Millionen Euro**

Mautgelder entgingen dem Staat 2020 durch abgasmanipulierte Lkw.

Icon: flaticon.com/Creaticca Creative Agency

## Stickoxid-Emissionen von modernen Lkw (EURO VI)



Gemäß Typgenehmigung dürfen Lkw mit der Schadstoffnorm EURO VI nicht mehr als 460 mg NO<sub>x</sub>/kWh emittieren. Bei Abgasmessungen auf Autobahnen in Deutschland, Österreich und Slowakei wurde aber deutlich: Ein Drittel aller Lkw überschreitet den Grenzwert von 460 mg NO<sub>x</sub>/kWh auch unter Einrechnung einer Toleranzmarge bis 1000 mg NO<sub>x</sub>/kWh deutlich. Im Durchschnitt liegen sie bei 955 mg NO<sub>x</sub>/kWh. Trauriger „Spitzenreiter“ wurde ein Lkw mit über 8000 mg NO<sub>x</sub>/kWh. Österreichische Behörden können derzeit aber nicht einmal diesen Lkw aus dem Verkehr ziehen.

Schadstoffnorm nicht einhielten und damit eigentlich keinen Anspruch auf eine Mautminderung hätten.

- Lkw aus allen Ländern sind gleichermaßen abgasmanipuliert. Bei den Messungen in Deutschland, Österreich und der Slowakei konnten keine Unterschiede zwischen den Herkunftsländern der Lkw festgestellt werden.

Bei den Messungsfahrten wurden Kontrolldefizite in Österreich augenscheinlich. Sogenannte „Technische Unterwegskontrollen“ wären bestens geeignet, da sie für Fahrzeughalter völlig unberechenbar sind und Fahrzeuge mit ausländischem Kennzeichen, die zwei Drittel aller Lkw auf österreichischen Autobahnen ausmachen, nicht zu einer wiederkehrenden Überprüfung („§57a-Begutachtung“) vorgeladen werden können. Mangels fehlender Prüfgeräte und -Kenntnisse sowie klar definierter Abläufe sind die derzeitigen behördlichen Kontrollen bei abgasmanipulierten Lkw praktisch wirkungslos. Die AK-Studie empfiehlt das unmittelbare Messen in der Abgasfahne als taugliches Instrument zur Vorselektion von verdächtigen Lkw. Hierdurch können ausreichende Indizien erhoben werden, die ein Ausleiten eines Lkw zu einem Prüfzentrum oder einer Vertragswerkstätte rechtferti-

gen. Die Studie verweist auf die Polizeipraxis in Dänemark und Flandern. Dort werden mit speziellen Scangeräten die Daten der OBD eines Lkw abgerufen. Hierzu braucht es freilich Kenntnisse von Codes, Temperatur- und Grenzwerten sowie abgastechnischen Zusammenhängen und spezielle Schulungen zur Durchführung. Dieses Verfahren stellt überdies rechtlich einwandfreie Strafen durch Behörden sicher, die auch in einem gerichtlichen Berufungsverfahren Bestand haben.

### Die AK fordert

- Effektive Lkw-Kontrollen aus einer Hand (one-stop-shop). Aktuell sind die Zuständigkeiten zwischen zwei Ministerien und den Bundesländern aufgeteilt. Die ASFINAG darf derzeit diese Form von Mautbetrug weder kontrollieren noch ahnden.
- Abgasbetrug darf sich nicht rechnen. „Verhaltensauffällige“ Lkw müssen aus dem Verkehr gezogen und in Vertragswerkstätten überprüft und repariert werden. Die derzeitigen Strafen sind nicht abschreckend.
- Exekutivorgane brauchen Ausbildung und Kontrollinstrumente. Nur ausreichende und gut geschulte Polizist:innen können den Softwarebetrug im Lkw wirksam eindämmen. □

### Kurzgefasst

Die Abgase von Lkw werden mittels computergesteuertem Diagnosesystem (OBD) überwacht. Dennoch häufen sich die Manipulationen gerade bei den älteren Lkw enorm. Die AK hat gemeinsam mit der Exekutive auf Österreichs Autobahnen Tests durchgeführt und festgestellt, dass der Staat allein 2020 durch Abgasmanipulationen um 61,5 Mio. Euro Mautgelder geprellt worden ist. Effektive Lkw-Kontrollen aus einer Hand sind dringend gefordert.



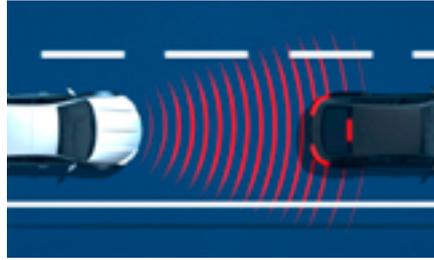
**Franz Greil** ist Mitarbeiter der Abteilung Umwelt & Verkehr der AK Wien.  
Foto: Erwin Schuh



### Pickerl drauf! Neue Gentechnik im Essen kennzeichnen

**Global 2000** Die Umweltschutzorganisation Global 2000 fordert eine strenge Regulierung bei „Gen-Food“ und hat dazu die Unterschriftenaktion „Pickerl drauf! Neue Gentechnik im Essen kennzeichnen“ ins Leben gerufen. Die AK begrüßt diese Initiative. Lebensmittel, die mit Verfahren der neuen Gentechnik hergestellt werden, unterliegen derzeit noch den strengen Regeln des EU-Gentechnikrechts. Solche Produkte sind kennzeichnungspflichtig und bedürfen einer umfassenden Risikoprüfung. Das könnte sich aber bald ändern. Denn Chemie- und Saatgutkonzern wollen bestehendes EU-Gentechnikrecht für Verfahren der neuen Gentechnik aufweichen und vereinfachte Zulassungen ermöglichen. Für die AK ist das ein absolutes No-Go: Damit geht die Wahlfreiheit entlang der gesamten Lebensmittelkette für Konsument:innen verloren. Die AK setzt sich für klare Kennzeichnung und Risikobewertung vor einer Marktzulassung bei neuer Gentechnik ein. Nur so können Konsument:innen frei wählen, was auf ihrem Teller landet. **SI**

**Hier geht's zum Unterschreiben:**  
[www.global2000.at/pickerl-auf-gentechnik](http://www.global2000.at/pickerl-auf-gentechnik)



### Neue Online-Seite informiert über Fahrerassistenzsysteme

**Smartrider** Anfang Juni stellte das Kuratorium für Verkehrssicherheit (KFV) die Internetplattform [www.smartrider.at](http://www.smartrider.at) vor, auf der sich Konsument:innen über alle verfügbaren Assistenzsysteme informieren können. Damit sich die Technik positiv auf das Unfallgeschehen auswirken kann, müssen sich die Lenker:innen damit auch auskennen und die Systeme richtig verwenden. Dazu werden auf der Website marktunabhängige Informationen zu Notbrems-, Spurhalte-, Licht-, Autobahn-, Nachtsicht-, Spurwechsel-, Toter-Winkel- oder Einparkassistent angeboten. Das übergeordnete Ziel ist die Erhöhung der Verkehrssicherheit durch den richtigen Einsatz und Umgang mit den schon in den Fahrzeugen eingebauten Assistenzsystemen. Weiters gibt es einen Test, bei dem die individuellen Bedürfnisse abgefragt werden und der dann sagt, welche Assistenzsysteme man anschaffen könnte. Unterstützt wird die Seite ua. auch von der AK-Wien. **SP**

**Link zur Plattform**  
<https://www.smartrider.at/>



### Pestizidatlas 2022

**Biodiversität** Weltweit geht die Biodiversität zurück – unter anderem, weil Pestizide die Insekten gefährden. Seit Jahren fordern daher Umwelt- und Konsument:innen-Organisationen, den Einsatz von Pestiziden in der Landwirtschaft zu reduzieren. Der aktuelle Pestizidatlas zeigt: Von einer Reduktion ist Österreich Europa und auch die Welt weit entfernt. Das schadet Umwelt und Gesundheit. Jährlich erleiden 385 Millionen Menschen eine Pestizidvergiftung – betroffen sind vor allem diejenigen, die in der Landwirtschaft in Ländern des globalen Südens arbeiten. Aber, es gibt auch Lichtblicke. Positive Beispiele weltweit zeigen: Immer mehr Städte, Staaten und Regionen versuchen, weniger Pestizide auf ihren Feldern und Flächen auszubringen. Junge Menschen fordern die Politik auf, eine ökologische Landwirtschaft stärker zu fördern. Der aktuelle Pestizidatlas liefert auf über 50 Seiten und in über 80 Grafiken zahlreiche Daten und Fakten zu Pestiziden in der Landwirtschaft in Österreich, Deutschland und weltweit. **SI**

**Die österreichische Ausgabe finden Sie hier:**  
[www.global2000.at/sites/global/files/Pestizidatlas-2022.pdf](http://www.global2000.at/sites/global/files/Pestizidatlas-2022.pdf)

### Soziale Bewertung von Fluglinien

Pilot:innen aus ganz Europa haben ihre Fluggesellschaften nach sozialen Kriterien bewertet. Ob Sie mit dem Kauf eines Flugtickets die Fluggesellschaften unterstützen, die ihren arbeits- und sozialrechtlichen Verpflichtungen gegenüber ihren Mitarbeiter:innen nachkommen, können Sie hier einsehen:  
[public.tableau.com/app/profile/europeanpilots/viz/EuropeanAirlinesSocialRating/DBOVERVIEW](http://public.tableau.com/app/profile/europeanpilots/viz/EuropeanAirlinesSocialRating/DBOVERVIEW) **SL**



Foto: Pixabay/pixabay



## Freier Zugang zur Natur

**Veranstaltung** Betreten verboten! Der öffentliche Zugang zu Österreichs Seen ist oft unnötig schwierig, das Sammeln von Pilzen im Wald nicht erlaubt oder Almweiden werden für Wander:innen gesperrt. In skandinavischen Ländern oder Bayern kann das nicht passieren, denn dort gilt das „Jedermannsrecht“. Das Recht aller, die Natur und deren Früchte jederzeit zu nutzen. Gerade die Corona-Pandemie hat gezeigt, wie wichtig der Zugang zur Natur für unsere Gesundheit und unser Wohlbefinden ist und hat das Bedürfnis nach Erholung im Freien verstärkt. Umso bedauerlicher war es, dass im ersten Jahr der Corona-Pandemie der Zugang zu öffentlichen Parkanlagen, Seen, Zweitwohnsitzen mancherorts erschwert wurde. Besonders willkürlich war die Sperre der Bundesgärten, wo der Zugang unproblematisch gewesen wäre. Gerade diese Willkür zeigt, wie wichtig es ist, neue Ansätze zu verfolgen. Wie wäre es mit einem „Jedermannsrecht“ – also einem Grundrecht auf Natur – auch in Österreich? Die Arbeiterkammern aller neun Bundesländer, der Alpenverein Österreich und die Naturfreunde Österreich haben dazu eine Rechtsstudie in Auftrag gegeben. Diese Vorschläge werden bei dieser Veranstaltung in Wien präsentiert. **SI**

**Freier Zugang zur Natur – Wie können wir diesen für unsere Erholungszwecke besser absichern?**

**Wann:** 29. April 2022 / 9.00 bis 13.00 Uhr /  
**Bildungszentrum der Arbeiterkammer Wien,**  
Theresianumgasse 16-18, 1040 Wien

## Warum machen wir es nicht einfach?

**Buch** Die Psychologie der Klimakrise. Die Fakten zum Klimawandel liegen klar auf dem Tisch. Trotz allem Wissen fällt es uns in der Regel schwer unser Wissen in die Tat umzusetzen. Warum ist das so? Wie können wir motiviert werden unser Handeln zu verändern? Was braucht es die Diskrepanz zwischen Wissen und Handeln zu schließen? Die Umweltpsychologin Isabella Uhl-Hädicke erklärt in Ihrem Buch „Warum machen wir es nicht einfach?“ warum wir uns schwertun, klimafreundlich zu handeln. Sie beschreibt, warum wir lieber in umweltschädigenden Verhaltensmustern verharren und in unserer Komfortzone bleiben, obwohl wir es besser wissen. Sie zeigt aber auch die Anreize auf, die es uns ermöglichen unsere alten Gewohnheiten über Bord zu werfen und klimafreundlich zu handeln. Ein Buch zum Klimawandel, das den wichtigen psychologischen Aspekt, der uns Menschen ins Handeln bringt, in den Vordergrund stellt. **DA**

**Warum machen wir es nicht einfach**  
**Buch von Isabella Uhl-Hädicke, erschienen**  
**02/2022 im Molden Verlag, Hardcover mit 176**  
**Seiten. ISBN: 978-3-222-15077-7**

## The Routledge Handbook of the Political Economy of the Environment

**Handbuch** Ungleichheit und die ökologische(n) Krise(n) gehören unbestritten zu den größten gesellschaftlichen Herausforderungen unserer Zeit. Doch wie hängen sie zusammen? Dieser Frage nimmt sich ein neues Handbuch aus der Perspektive der politischen Ökonomie an. Die Beiträge umfassen theoretische, empirische und historische Hinführungen zum Thema, eine Vielzahl an Fallbetrachtungen in unterschiedlichen Regionen und auf verschiedenen Ebenen sowie stärker umsetzungsorientierte Überlegungen. Die analysierten Umweltfragen reichen dabei von Naturkatastrophen über städtische Nachhaltigkeit bis zur Besteuerung von CO<sub>2</sub>-Emissionen. Durch diese von den Herausgeber:innen Éloi Laurent (Paris) und Klara Zwickl (Wien) ermöglichte thematische Breite ist der Sammelband sowohl für Einsteiger:innen als auch für Forscher:innen im Feld eine überaus wertvolle Ressource. **FW**

**Laurent, Éloi, Zwickl, Klara (Ed.) (2022): The Routledge Handbook of the Political Economy of the Environment, London: Routledge.**



# Krieg in der Ukraine: Der ÖGB hilft!

Geld, Lebensmittel, Sachspenden: Schnelle Hilfe für die Ukraine ist gefragt. Unterstütze uns mit deiner Spende!

Krieg bedeutet immer Leid und Not. Darauf gibt es für die Gewerkschaftsbewegung nur eine Antwort: Internationale Solidarität. Denn wir helfen Menschen in Not immer. **Unterstütze uns dabei:**

Spendenkonto „**ÖGB – Hilfe für die Ukraine**“  
IBAN **AT77 1400 0009 1008 6340**

**ÖGB**

# Gesellschaftskritische Wissenschaft



## Verkehr und Infrastruktur

- 60 **Gewerkschaften und nachhaltige Mobilität**  
Astrid Segert, Studie 2017
- 61 **Arbeitswege und Arbeitszeit – Zeit für mein Leben?**  
Eine Analyse von Mobilitätsdaten von Erwerbstätigen in Österreich. Susanne Wolf-Eberl, Patrick Posch, 2018
- 62 **Monetarisierung von „Sozialdumping“ im Straßenverkehr** Norbert Sedlacek, Irene Steinacher, 2019
- 63 **Belastungen am Arbeitsplatz durch Hitze am Beispiel der Triebfahrzeugführer\*innen und Baukranführer\*innen** Literaturrecherche und Arbeitsmedizinische Stellungnahme, Georg Wultsch, 2021
- 64 **active2work – Arbeits- und Mobilitätszeit neu gedacht** Machbarkeitsuntersuchung. Marlene Doiber, Sandra Wegener, Roland Hackl, Maria Juschten, Clemes Raffler, Michael Meschik, Julia Schmid, 2020
- 65 **Gesundheitliche Belastungen des fliegenden Personals – Endbericht**  
ÄrztInnen für eine gesunde Umwelt. Hans Peter Hutter, Florian Heger, Kathrin Lemmerer, Hanns Moshhammer, Michael Poteser, Peter Wallner, 2021
- 66 **Pendlerverflechtungen in der Ostregion** Andrea Weninger, Jonas Krombach, Benedikt Hahn, Andreas Friedwagner, 2021



## Informationen zur Umweltpolitik

- 200 **ES darf ein bisschen verbindlicher sein – Überlegungen und Wünsche für die künftige Rechtsentwicklung im Verkehrslärmschutzrecht** Josef Werner Hochreiter, 2019
- 201 **Zur Ökobilanz von E-Autos und was die Verbraucherinnen darüber erfahren – Eine Marktanalyse** Holger Heinfellner, David Fritz, 2019
- 202 **Neue Gentechnik – Grundlagen für die kommende politische Debatte** Anita Greiter, Andreas Heissenberger, 2020
- 202a **New Genetic Engineering – A basis for the upcoming political debate** Anita Greiter, Andreas Heissenberger, 2020
- 203 **Landkarte der „(De-)Karbonisierung“ für den produzierenden Bereich in Österreich – Eine Grundlage für die Folgenabschätzung eines klimapolitisch bedingten Strukturwandels des Produktionssektors auf Beschäftigung, Branchen und Regionen** Fabian Gabelberger, Claudia Kettner-Marx, Michael Peneder, Gerhard Streicher, 2020
- 204 **Recht auf Natur – Freier Zugang zur Natur** Michael Ganner, Samantha Karoline Pechtl, Wolfgang Stock, Karl Weber, 2022
- 205 **Abgasmanipulation und Mautbetrug durch Lkw – Wie sauber sind Lkw tatsächlich?** Friedrich, S. Annen, R. Helmerich, 2022

**Bestellung** als Hardcopy unter [wirtschaft.umwelt@akwien.at](mailto:wirtschaft.umwelt@akwien.at) oder PDF-Download [www.arbeiterkammer.at](http://www.arbeiterkammer.at)

Genug  
vom Fischen  
im Trüben?

A&W  
blog

[awblog.at](http://awblog.at)



[twitter.com/AundW](https://twitter.com/AundW)



[facebook.com/arbeit.wirtschaft](https://facebook.com/arbeit.wirtschaft)

Wirtschaft und Umwelt:  
Sekretariat: 0043/1/50165-12404  
E-Mail: [wirtschaft.umwelt@akwien.at](mailto:wirtschaft.umwelt@akwien.at)  
[www.ak-umwelt.at](http://www.ak-umwelt.at)

Österreichische Post AG  
MZ 02Z034642 M  
Bundesarbeitskammer, Prinz Eugen Straße 20–22, 1040 Wien

# RATGEBER

Lebensnah, verständlich geschrieben  
und mit vielen praktischen Beispielen!  
Alle aktuellen AK Publikationen  
stehen zum Download für Sie bereit.  
[arbeiterkammer.at/service/ratgeber](http://arbeiterkammer.at/service/ratgeber)



## KREDITE



## MIET- WOHNUNGEN



## ARBEITS- VERHÄLTNISS BEENDEN



## FRAUEN UND PENSIONS- KONTO



## PFLEGE- ANGEBOT



## ELTERN- KARENZ

